

Boss, Alfred; Dovern, Jonas; Meier, Carsten-Patrick; Oskamp, Frank; Scheide, Joachim

Book Part — Published Version

Deutsche Konjunktur: Aufschwungskräfte behalten die Oberhand

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred; Dovern, Jonas; Meier, Carsten-Patrick; Oskamp, Frank; Scheide, Joachim (2007) : Deutsche Konjunktur: Aufschwungskräfte behalten die Oberhand, In: Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Herbst 2007, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel, pp. 40-67

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/4095>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Deutsche Konjunktur: Aufschwungkkräfte behalten die Oberhand

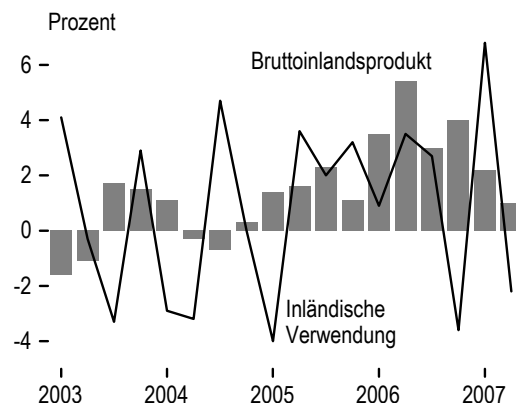
Alfred Boss, Jonas Dovern, Carsten-Patrick Meier, Frank Oskamp und Joachim Scheide

Zusammenfassung:

Die konjunkturelle Expansion in Deutschland hat sich abgeschwächt. Gleichwohl sind die Aufschwungkkräfte nicht erlahmt, dafür sprechen wichtige Indikatoren. Da der Produktionsanstieg im zweiten Quartal allerdings erheblich niedriger ausgefallen ist, als von uns vor dem Hintergrund der ungewöhnlich positiven Umfragedaten aus dem Unternehmenssektor erwartet worden war, haben wir unsere Prognose um einen halben Prozentpunkt gesenkt. Wir rechnen nun für das laufende Jahr mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 2,7 Prozent. Die Entwicklung im kommenden Jahr schätzen wir etwas ungünstiger ein. Dabei spielen zum einen die gegenwärtigen Finanzmarkturbulenzen eine Rolle, zum anderen die Abschwächung der Konjunktur in den Vereinigten Staaten. Wir erwarten nun nur noch eine Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 2,4 Prozent (vorher: 2,7 Prozent).

Die konjunkturelle Expansion in Deutschland hat sich in der ersten Hälfte dieses Jahres abgeschwächt. So stieg das reale Bruttoinlandsprodukt auch im zweiten Quartal langsamer als zuvor, die laufende Jahresrate betrug lediglich 1 Prozent (Abbildung 1). Damit ist die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung erstmals seit reichlich einem Jahr wieder leicht gesunken. Maßgeblich für den Rückgang des konjunkturellen Tempos im ersten Halbjahr war zum einen, dass die Exporte, deren Anstieg im Jahr 2006 außerordentlich kräftig gewesen war, kaum noch zunahmen. Hier machte sich vor allem die schwächere Expansion der Industrieproduktion im Ausland bemerkbar. Zum anderen wurde die Inlandsnachfrage durch die restriktive Finanzpolitik gedämpft und hier insbesondere die privaten Konsumausgaben; Letztere gingen im ersten Halbjahr mit einer laufenden Jahresrate von 2,1 Prozent zurück. Dabei war der Entzugseffekt durch die höhere Mehrwertsteuer, auch sichtbar am Anstieg der Inflationsrate, beträchtlich. Allerdings weiteten die Verbraucher ihre Käufe, die sie zuvor auch als Folge des Vorzieheffekts deutlich verringert hatten, im zweiten Quartal wieder leicht aus. Eine Reaktion auf die Steueranhebung zeigte sich ebenfalls bei den Bauinvestitionen, die im zweiten Quartal deutlich sanken, nachdem noch

Abbildung 1:
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2003–2007^a



^aReal, saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Inlandsproduktsberechnung* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

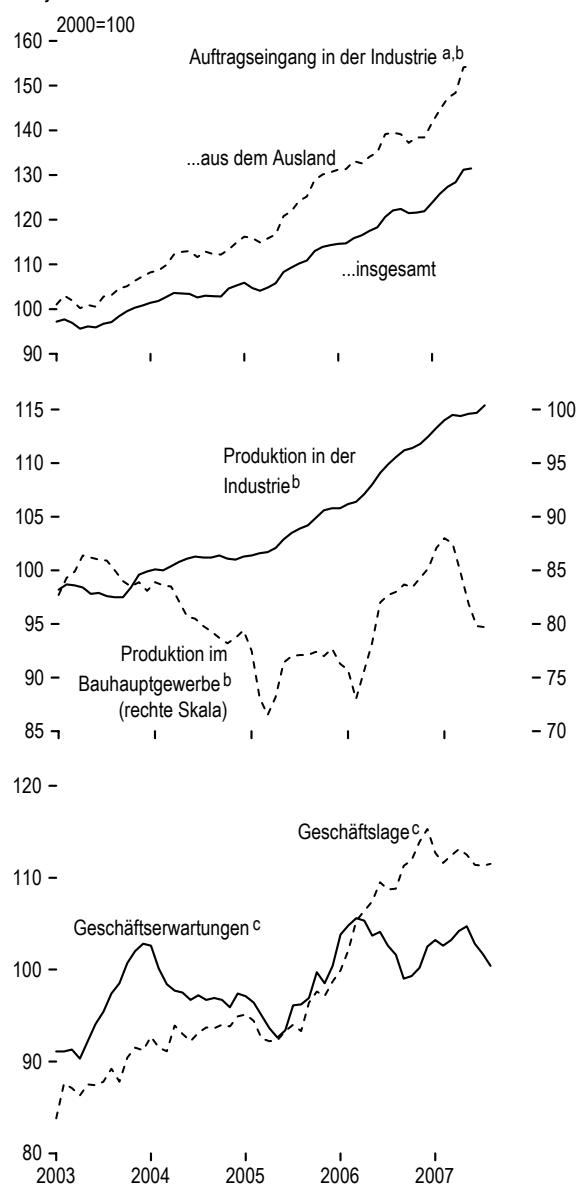
Deutsche Konjunktur: Aufschwungskräfte behalten die Oberhand

kurz nach der Jahreswende Vorzieheffekte anregend gewirkt hatten; hier hatte sich zudem die milde Witterung günstig ausgewirkt. Alles in allem war das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr um knapp 2 1/2 Prozent (laufende Jahresrate) höher als in der zweiten Hälfte 2006.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im Sommer weiter merklich verbessert. Allerdings nahm die Zahl der Beschäftigten – ebenso wie das Arbeitsvolumen – nicht mehr so rasch zu wie zuvor. Dies hängt zum einen mit der schwächeren konjunkturellen Expansion zusammen, zum anderen mit der Tatsache, dass die Beschäftigung in den Außenberufen zuvor durch das milde Wetter begünstigt worden war. Auch bildete sich die Arbeitslosigkeit etwas langsamer zurück; die Arbeitslosenquote (in der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit) war zuletzt mit 9,0 Prozent um reichlich einen halben Prozentpunkt niedriger als zu Jahresbeginn. Der Preisauftrieb hat sich nach dem Schub zu Jahresbeginn, der durch die Mehrwertsteuererhöhung bedingt war, wieder beruhigt, obwohl sich Energieprodukte und vor allem Nahrungsmittel zeitweise deutlich verteuerten. In den Sommermonaten belief sich die Inflationsrate (Vorjahresvergleich) auf knapp 2 Prozent.

Trotz der konjunkturellen Verlangsamung sind die Aufschwungskräfte nach unserem Urteil keineswegs erlahmt. Dafür sprechen wichtige Indikatoren. So sind die Investitionen der Unternehmen bis zuletzt kräftig gestiegen, die Käufe von Ausrüstungsgütern legten im bisherigen Jahresverlauf weiterhin mit zweistelligen Raten zu. Für eine anhaltend positive Einschätzung der konjunkturellen Aussichten durch die Unternehmen spricht auch, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im zweiten Quartal weiter merklich zugenommen hat. Eine positive Einschätzung durch die Unternehmen zeigt sich schließlich auch bei den Umfragen (Abbildung 2). Zwar wurde die Geschäftslage in den vergangenen Monaten etwas schlechter beurteilt als zuvor, der Index ist aber auf einem sehr hohen Niveau geblieben. Ferner sind die Auftragseingänge bei Industriegütern im Frühjahr auf breiter Front gestiegen. Der his-

Abbildung 2:
Konjunkturindikatoren 2003–2007



^aReal. — ^bGleitender Dreimonatsdurchschnitt. — ^cGewerbliche Wirtschaft.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); ifo (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

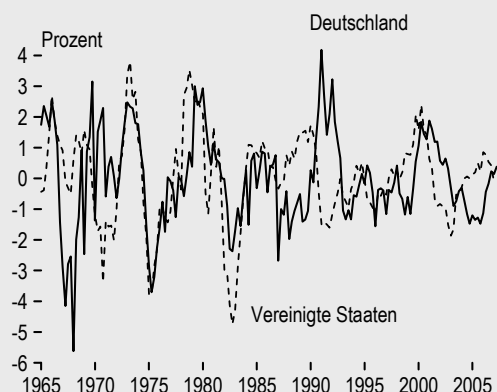
torisch hohe Auftragsbestand lässt erwarten, dass sich der Produktionsanstieg in der zweiten Jahreshälfte merklich beschleunigen wird. Diese Aussicht wird durch die Turbulenzen an den Finanzmärkten kaum beeinträchtigt. Wir erwarten nicht, dass sich die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen massiv verschlechtern werden. Ein Indiz für diese Einschätzung

Kasten 1:

Zur Übertragung konjunktureller Impulse aus den Vereinigten Staaten

Zu den größten Risiken für die deutsche Konjunktur zählt gegenwärtig eine deutliche Abschwächung des Produktionsanstiegs in den Vereinigten Staaten. Vergleicht man die gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastungsgrade, gemessen durch die Abweichung des jeweiligen realen Bruttoinlandsprodukts von seinem mithilfe eines Hodrick-Prescott-Filters geschätzten Trends, so scheint ein hoher konjunktureller Gleichlauf zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu bestehen (Abbildung K1-1). Eine Kreuzkorrelationsanalyse über den Zeitraum vom ersten Quartal 1962 bis zum zweiten Quartal 2007 ergibt jedoch nur einen maximalen Korrelationskoeffizienten von 0,36 bei einem Vorlauf der amerikanischen Kapazitätsauslastung von einem Quartal. Allerdings ist der Zusammenhang seit Anfang der neunziger Jahre offenbar enger.

Abbildung K1-1:
Gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung in Deutschland und in den Vereinigten Staaten 1960–2007¹



¹Gemessen als Abweichung von der Normalauslastung in Prozent. Normalauslastung geschätzt mithilfe eines Hodrick-Prescott-Filters.

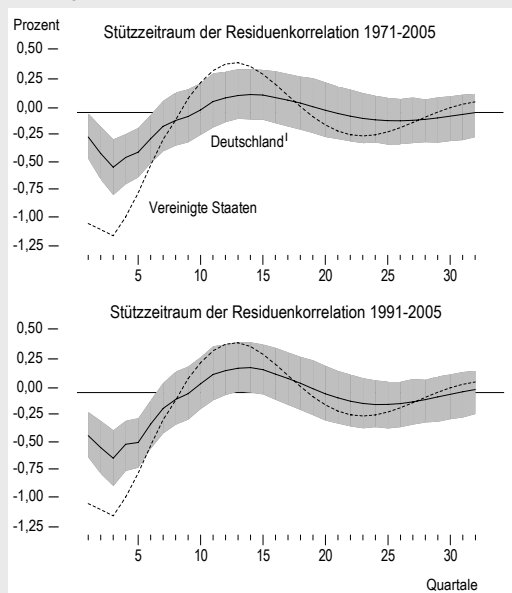
Quelle: US Department of Commerce (2007); Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen mithilfe des NiGEM-Weltmodells.

Größere Transmissionseffekte – in der Größenordnung von bis zu 0,5 Prozentpunkten – weist eine Studie des Sachverständigenrats (2001: 251–266) aus. Sie unterscheidet sich methodisch insofern von den obigen Analysen, als sie nicht auf einem strukturellen Modell der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge beruht, sondern auf einem bivariaten vektorautoregressiven Modell (VAR) für die oben dargestellten gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastungsgrade in Deutschland und den Vereinigten Staaten. Eine Neuschätzung dieses Modells unter Berücksichtigung eines deutlich längeren Stützzeitraums (1964 I–2005 II statt 1975 I–2002 I),^a der nunmehr alle Nachkriegsrezessionen in der Bundesrepublik umfasst, bestätigt die Ergebnisse des Sachverständigenrats.^b Unterstellt man – um die Vergleichbarkeit mit den obigen Modellsimulationen zu gewährleisten – ein Zurückbleiben der US-Kapazitätsauslastung um durchschnittlich 1 Prozent hinter der Referenzlösung über einen Zeitraum von vier Quartalen, so folgt daraus für Deutschland im ersten Jahr ein Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung um 0,3 bis 0,5 Prozent (Abbildungen K1-2). Der höhere Wert ergibt sich, wenn man für die Analyse nur die Korrelation der Residuen seit Beginn der neunziger Jahre zugrunde legt, die deutlich höher ist als die im Gesamtzeitraum.

Wie lassen sich die Unterschiede bei den Simulationsergebnissen erklären? Einmal spielen unterschiedlich spezifizierte Wirkungsverzögerungen eine Rolle. Der wesentliche Grund dürfte allerdings in den unterschiedlichen Modellierungsansätzen liegen. Mit dem bivariaten VAR wird der empirischen Analyse nur ein Minimum an ökonomischer Struktur gegeben, die Ergebnisse sind hauptsächlich durch die Daten selbst bestimmt. Der Nachteil dabei ist, dass Effekte ursächlich der US-Konjunktur zugerechnet werden, die mit dieser zwar korreliert, aber nicht über einen Kausalzusammenhang verbunden sind. So besteht wahrscheinlich eine Korrelation

Um den Zusammenhang präziser zu quantifizieren, simulieren wir mit dem NiGEM-Weltmodell, welche Effekte auf die Konjunktur in der übrigen Welt zu erwarten sind, wenn das reale Bruttoinlandsprodukt der Vereinigten Staaten über zwei Jahre um einen Prozentpunkt hinter der Basislösung zurückbleibt. Unterstellt ist dabei, dass sich vor allem die privaten Konsumausgaben deutlich schwächer entwickeln als in der Referenzlösung. Für Deutschland ergibt sich, dass der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts im ersten Jahr des Szenarios um knapp 0,2 Prozentpunkte gedämpft wird; im Jahr danach sind nur noch geringe Effekte zu erwarten. Dieses Ergebnis deckt sich in etwa mit jenem, das der IMF (2007a: 144–148) mithilfe seines Global Economic Model (GEM) für den Euroraum insgesamt ermittelt hat. Es entspricht auch in etwa den Schätzungen von Dees et al. (2007) für den Euroraum insgesamt mithilfe eines Globalen Vektorautoregressiven Modells (Global VAR). Eine vergleichbare Simulation der Arbeitsgemeinschaft (2001) mit dem Modell von Oxford Economic Forecasting ergab für das erste Jahr in Deutschland einen dämpfenden Effekt in Höhe von 0,1 und für das zweite in Höhe von 0,3 Prozentpunkten.

Abbildung K1-2:
Reaktion der Kapazitätsauslastung in Deutschland auf einen Rückgang der Kapazitätsauslastung in den Vereinigten Staaten



ⁱGraue Flächen geben 90-Prozent-Konfidenzintervalle an.

Quelle: Eigene Berechnungen.

^aDer Stützzeitraum wurde auf die Zeit bis 2005 II begrenzt, um Verzerrungen der Schätzwerte für die Kapazitätsauslastungsgrade aufgrund der Endpunktproblematik bei Verwendung eines Hodrick-Prescott-Filters gering zu halten. — ^bDie Spezifikationsanalyse ergab, dass bis zu sieben Verzögerungen für das bivariate System notwendig sind, um die Dynamik der Daten hinreichend zu beschreiben. Um die Anzahl der Freiheitsgrade nicht zu gering werden zu lassen, wurden statistisch nicht von null verschiedene Koeffizienten aus den beiden Gleichungen eliminiert; da die Korrelation der Residuen der beiden Gleichungen über den gesamten Zeitraum mit 0,16 gering war, wurden die Parameter dieses „Near VAR“ gleichwohl mit der Methode der kleinsten Quadrate geschätzt. Dabei wurden die Beobachtungswerte vom zweiten Quartal 1990 bis zum ersten Quartal 1992 wegen des Wiedervereinigungsbooms, der ein singuläres Ereignis darstellt, unberücksichtigt gelassen. Für die Berechnung der Impulsantwortfolgen wurde unterstellt, dass Innovationen in den US-Daten zwar die deutschen Daten kontemporär beeinflussen können, deutsche Daten aber nicht die US-Daten.

zwischen der US-Konjunktur und der realen Zinsentwicklung in Deutschland, die jedoch nicht oder nur in geringem Umfang kausaler Natur ist. So weist das bivariate VAR die dämpfenden Effekte einer Straffung der monetären Rahmenbedingungen in Deutschland in dem Umfang der US-Konjunktur zu, wie diese mit der Kapazitätsauslastung in den Vereinigten Staaten korreliert sind. In dem Maße, wie die zugrunde gelegte Korrelation keinen Kausaleffekt darstellt, wird der Effekt der US-Konjunktur auf die deutsche Konjunktur überschätzt. Dieser Nachteil kann allerdings auch ein Vorteil sein, nämlich dann, wenn im Zuge dieser wenig vorstrukturierten Analyse theoretisch nicht berücksichtigte Kausaleffekte „mitgeschätzt“ werden.

Dass die Transmissionseffekte auf der Basis des bivariaten VAR höher ausgewiesen werden als bei den strukturellen Modellen, könnte somit entweder damit zusammenhängen, dass in Letzteren die Trennung der Transmissionseffekte von anderen, kausal nicht damit verbundenen Effekten besser gelingt. Es könnte jedoch auch als Indiz dafür aufgefasst werden, dass in diesen Modellen bestimmte Transmissionskanäle nicht hinreichend abgebildet werden. Insofern repräsentieren die verschiedenen Modellergebnisse, einschließlich der Konfidenzintervalle für die Effekte, das Spektrum der Unsicherheit über die zu erwartende Höhe der Transmissionswirkungen.

ist, dass die Geschäftserwartungen sich im Monat August zwar weiter eingetrübt haben, aber nicht eingebrochen sind. Auch die Aktienkurse sind, insbesondere wenn man von den Bankaktien absieht, immer noch auf einem sehr hohen Niveau.

Für das Jahr insgesamt dürfte sich der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts auf 2,7 Prozent belaufen. Da der Produktionsanstieg im zweiten Quartal erheblich niedriger ausgefallen ist, als von uns vor dem Hintergrund der ungewöhnlich positiven Umfragedaten aus dem Un-

ternehmenssektor erwartet worden war, haben wir unsere Prognose um einen halben Prozentpunkt gesenkt (vgl. Boss et al. 2007c). Unser Konjunkturbild für das laufende Jahr hat sich gleichwohl nur wenig geändert. Die Entwicklung im kommenden Jahr schätzen wir allerdings etwas ungünstiger ein. Dabei spielen zum einen die gegenwärtigen Finanzmarkturbulenzen eine Rolle, zum anderen die Abschwächung der Konjunktur in den Vereinigten Staaten (Kasten 1).

Finanzmarkturbulenzen verteuern Finanzierung

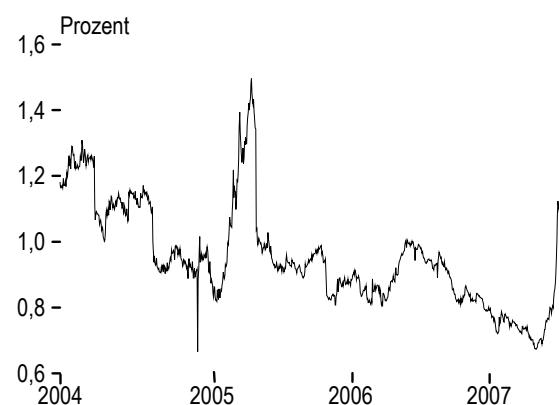
Die monetären Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft haben sich verschlechtert. Beträchtliche Zahlungsausfälle am amerikanischen Hypothekenmarkt haben in den vergangenen Wochen zu einer Krise an den internationalen Finanzmärkten geführt, die auch und gerade in Deutschland das Bankensystem in eine problematische Lage gebracht haben. Akutes Symptom ist seit Anfang August ein Verlust an Vertrauen im europäischen Interbankenmarkt aufgrund von Befürchtungen über massive Verluste bei einzelnen Marktteilnehmern. Die Geldmarktzinsen zogen daraufhin deutlich an. Zwar hat die EZB ebenso wie die amerikanische Notenbank durch rasche Bereitstellung kurzfristiger Liquidität eine Ausweitung der Krise verhindern können. Die Liquiditätsgespässe am Geldmarkt halten aber nach wie vor an. Inwieweit die Kreditvergabe der Banken an Unternehmen und Haushalte dadurch negativ beeinflusst wird, ist derzeit schwer auszumachen. Zwar wurde Dreimonatsgeld Anfang September zu einem Zinssatz von 4,75 Prozent gehandelt, einen halben Prozentpunkt höher als noch Mitte Juli. Doch ob damit spürbar steigende Kreditzinsen oder ungünstigere Vergabekonditionen einhergehen, ist noch nicht absehbar. Die Umfragedaten zum Geschäftsklima vom August deuten darauf hin, dass die Finanzmarkturbulenzen die Unternehmen bislang nicht berührt haben. Viel dürfte davon abhängen, ob in den Finanzinstituten und am Markt bald Klarheit darüber herrscht, wie viel Mittel wo benötigt werden, um Verluste aus risikobehafteten Engagements zu decken.

Unabhängig von den aktuellen Liquiditätsgespässen ist zu erwarten, dass die Finanzierungsbedingungen ungünstiger werden. Die Zahlungsausfälle am amerikanischen Hypothekenmarkt haben dazu geführt, dass Risiken an den internationalen Finanzmärkten insgesamt höher bewertet werden, insbesondere im Kreditbereich. So ist die Renditedifferenz zwischen

Unternehmensanleihen mittlerer Bonität (BBB-Rating) und Staatsanleihen seit Juli um etwa einen halben Prozentpunkt gestiegen; im langjährigen Vergleich ist sie freilich immer noch niedrig (Abbildung 3). Hinzu kommt, dass aufgrund der Finanzmarkturbulenzen nicht zuletzt auch in Deutschland das Eigenkapital der Banken verstärkt zur Begleichung von Verlusten und zur Finanzierung von vormals außerhalb der Bilanz (z.B. in so genannten Conduits) geführten längerfristigen Kapitalanlagen verwendet werden wird. Dies lässt erwarten, dass Kredite in Zukunft teurer werden bzw. die Kreditvergabe der Banken an Unternehmen und private Haushalte restriktiver gehandhabt wird. In welchem Umfang dies bereits der Fall ist, lässt sich allerdings nur schwer sagen, da aktuelle Daten zu den Kreditzinsen und den Kreditbedingungen nicht vorliegen.

Um eine Vorstellung davon zu bekommen, welche quantitativen Auswirkungen die Finanzmarkturbulenzen auf die Konjunktur haben könnten, haben wir mit dem NiGEM-Weltmodell zwei Szenarien simuliert. Für das erste wurde unterstellt, dass die Risikoprämie auf Fremdfinanzierungen, beginnend mit der zwei-

Abbildung 3:
Renditedifferenz zwischen Unternehmensanleihen und Staatsanleihen 2004–2007^a



^aTägliche Rendite von Anleihen von Unternehmen im Euroraum mit BBB-Rating und 5- bis 7-jähriger Restlaufzeit abzüglich der Rendite deutscher Bundesanleihen mit 5-jähriger Restlaufzeit in Prozent. Letzter Wert: 5. September 2007.

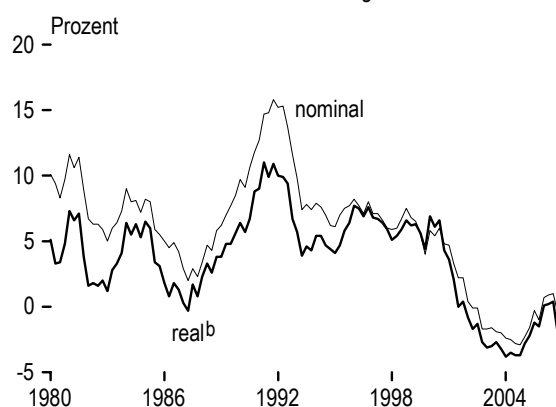
Quelle: Deutsche Bundesbank (2007d); Merrill Lynch, interne Arbeitsunterlage; eigene Berechnungen.

ten Hälfte des laufenden Jahres, weltweit dauerhaft um einen halben Prozentpunkt höher liegt als zuvor und sich die Kapitalnutzungskosten für die Unternehmen im selben Maße erhöhen. Unseren Ergebnissen zufolge würde dies den Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland, im Euroraum sowie in den Vereinigten Staaten im nächsten Jahr jeweils um etwa 0,1 Prozentpunkte verringern (Tabelle 1). In einem zweiten Szenario wurde unterstellt, dass es infolge der Liquiditätspässe in der zweiten Jahreshälfte 2007 vorübergehend zudem zu einem Anstieg der Kreditkosten um einen halben Prozentpunkt kommt. Träte dieser Fall zusätzlich zu der Erhöhung der Risikoprämie aus Szenario 1 ein, so würde dies eine Dämpfung des gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstiegs um weitere 0,1 Prozentpunkte nach sich ziehen. Alles in allem sind demnach die realwirtschaftlichen Auswirkungen moderat, solange sich die Finanzierungskosten nicht drastisch erhöhen.

Dämpfend auf die Fremdkapitalkosten wirkt am aktuellen Rand, dass sich das Niveau der Kapitalmarktzinsen (Bundesanleihen) wieder deutlich verringert hat, da die Investoren angesichts der Finanzmarkturbulenzen Staatsanleihen risikoreicherer Anlagen vorziehen; Anfang September verzinste sich Bundesanleihen mit

9–10-jähriger Restlaufzeit mit 4,3 Prozent, 0,3 Prozentpunkte niedriger als im Juni. Zu berücksichtigen ist ferner, dass Bankkredite im laufenden Aufschwung in Deutschland im Vergleich zu früher eine geringere Rolle für die Unternehmen spielen; real gerechnet ist das Volumen der Ausleihungen an Unternehmen und Selbstständige weiter rückläufig, in der ersten Hälfte des laufenden Jahres sogar wieder beschleunigt (Abbildung 4). Offenbar ist es den

Abbildung 4:
Kredite an Unternehmen und Selbstständige 1980–2007^a



^aAnstieg gegenüber dem Vorjahr in Prozent. — ^bDeflationiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Deutsche Bundesbank (2007c).

Tabelle 1:
Simulierte konjunkturelle Auswirkungen der Finanzmarkturbulenzen

	Vereinigte Staaten		Euroraum		Deutschland
	Bruttoinlandsprodukt ^a	Notenbankreaktion ^b	Bruttoinlandsprodukt ^a	Notenbankreaktion ^b	Bruttoinlandsprodukt ^a
<i>Längerfristige Erhöhung der Finanzierungskosten um 0,5 Prozentpunkte</i>					
2007	-0,02	-0,02	-0,01	-0,01	-0,02
2008	-0,10	-0,15	-0,09	-0,06	-0,10
2009	-0,14	-0,27	-0,16	-0,14	-0,17
<i>Erhöhung der Finanzierungskosten um 0,5 Prozentpunkte im 2. Halbjahr 2007</i>					
2007	-0,02	-0,03	-0,02	-0,01	-0,02
2008	-0,06	-0,10	-0,05	-0,04	-0,06
2009	0,00	-0,05	-0,03	-0,04	-0,03

^aAbweichungen der Anstiegsrate des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr von der Referenzlösung in Prozentpunkten. — ^bAbweichung des kurzfristigen Zinssatzes von der Referenzlösung in Prozentpunkten.

Quelle: Eigene Berechnungen mithilfe des NiGEM-Weltmodells.

Unternehmen in deutlich größerem Umfang als in früheren konjunkturellen Aufschwüngen möglich, ihre Investitionen aus den laufenden Einnahmen zu finanzieren.

Für die Prognose ist unterstellt, dass es den Banken in den nächsten Wochen gelingt, die Transparenz der Anlagen zu erhöhen und mögliche Verlustquellen zu identifizieren, und dass die EZB im Falle gravierender Liquiditätsprobleme dem Markt erneut Mittel zur Verfügung stellt. Unter diesen Annahmen dürfte sich die Vertrauenskrise und damit die Liquiditätsengpässe in naher Zukunft auflösen. Wir erwarten, dass die EZB den Hauptrefinanzierungssatz im Euroraum im Dezember abermals um einen viertel Prozentpunkt anheben und ihn auf dem dann erreichten Niveau von 4,25 Prozent belassen wird (Doovern et al. 2007). Die Zinsen für Bundesanleihen dürften etwas steigen, sobald sich die Unsicherheit an den Märkten legt, was

für die Unternehmensfinanzierung nun aber höhere Kosten impliziert als bislang. Für den Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar ist ein Wert von 1,36 unterstellt (Tabelle 2); die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen, die sich bereits in den vergangenen Monaten kaum verändert hatte, dürfte damit auf dem derzeit erreichten Niveau verharren.

Budgetüberschuss des Staates schon im Jahr 2007

Nachdem das Budgetdefizit des Staates im Jahr 2006 stark gesunken war, dürften die Einnahmen des Staates im Jahr 2007 seine Ausgaben übersteigen (Tabelle 3).¹ Dazu tragen sowohl

Tabelle 2:
Rahmendaten für die Konjunktur 2006, 2007 und 2008

	2006				2007				2008			
	I	II	III	IV	I	II	III ^a	IV ^b	I ^b	II ^b	III ^b	IV ^b
Zinssatz für Dreimonatsgeld	2,6	2,9	3,2	3,6	3,8	4,1	4,5	4,4	4,4	4,4	4,3	4,3
Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen	3,5	4,0	3,9	3,8	4,0	4,3	4,4	4,5	4,6	4,5	4,5	4,5
Tariflohnindex ^{c,d}	1,0	1,6	0,3	1,5	0,6	1,6	2,6	2,7	3,1	2,6	2,3	2,2
Wechselkurs US-Dollar/Euro	1,20	1,27	1,27	1,32	1,32	1,34	1,36	1,36	1,36	1,36	1,36	1,36
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ^e	96,1	97,2	97,6	97,8	98,3	98,3	98,2	98,7	98,9	99,2	99,1	98,9
Industrieproduktion im Ausland ^{f,g}	6,1	6,3	3,3	3,6	3,9	2,9	3,4	2,0	2,0	2,2	2,3	2,5
Rohölpreis ^h	61,9	69,8	70,1	59,7	58,1	68,7	72,0	70,0	70,0	70,0	70,0	70,0

^aTeilweise geschätzt. — ^bPrognose. — ^cVeränderung gegenüber dem Vorjahr (Prozent). — ^dAuf Stundenbasis. — ^eGegenüber 56 Ländern auf Basis der Verbraucherpreise, Index: 1999 I = 100. — ^fVeränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — ^gIn 30 Ländern: 18 Industrieländer, 8 neue EU-Mitgliedsländer sowie Russland, China, Hongkong und Südkorea. — ^hUS-Dollar pro Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); IMF (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

¹ Dabei ist berücksichtigt, dass inländischen Anteilseignern ausländischer Kapitalgesellschaften im Prognosezeitraum (und wohl auch noch danach) gemäß einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs Körperschaftsteuer erstattet wird, die bis zum Jahr 2000 in den damaligen EU-Staaten gezahlt und entsprechend dem damals geltenden deutschen Körperschaftsteuersystem nicht erstattet worden war.

Tabelle 3:
Ausgaben, Einnahmen und Budgetsaldo des Staates 1999–2008^a (in Relation zum Bruttoinlandsprodukt)

	Ausgaben	Steuern ^b	Sozialbeiträge	Sonstige Einnahmen ^c	Budgetsaldo
1999	48,1	24,5	18,7	3,4	-1,5
2000	47,6 ^d	25,0	18,3	3,1	-1,2
2001	47,6	23,3	18,2	3,3	-2,8
2002	48,1	22,8	18,2	3,4	-3,7
2003	48,5	22,8	18,3	3,4	-4,0
2004	47,1	22,2	17,9	3,2	-3,8
2005	46,9	22,4	17,7	3,4	-3,4
2006	45,4	23,3	17,3	3,2	-1,6
2007 ^e	44,0	24,4	16,5	3,1	0,0
2008 ^e	43,1	24,1	16,3	2,9	0,2

^aAbgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — ^bEinschließlich der Erbschaftsteuer und der der Europäischen Union zustehenden Steuern. — ^cAusschließlich Erbschaftsteuer; nach Abzug der EU-Steuern. — ^dDie Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (2,5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) sind nicht als negative Ausgaben berücksichtigt. — ^ePrognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

der kräftige Aufschwung als auch die Maßnahmen bei, mit denen das strukturelle Defizit reduziert wird. Das strukturelle Budgetdefizit des Staates dürfte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 um 0,7 Prozentpunkte abnehmen (Boss et al. 2007c: 21–22), nachdem es im Jahr 2006 rund 1 ¼ Prozent betragen hatte.

Im Jahr 2008 wird das strukturelle Defizit wohl nicht weiter sinken. Zwar werden die Ausgaben des Staates abermals schwächer als das nominale Produktionspotential – wenngleich deutlich stärker als im Jahr 2007 – steigen, aber die Belastung durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge insgesamt wird etwas reduziert. Das Budget des Staates dürfte im Jahr 2008 abermals einen Überschuss aufweisen.

Die Ausgaben des Staates werden im Jahr 2008 wohl um 2,2 Prozent zunehmen (2007: 1,0 Prozent). Zwar sinken die konjunkturabhängigen Ausgaben nochmals, aber die sonstigen Ausgaben werden merklich steigen. So werden die Löhne im öffentlichen Dienst erstmals seit Jahren deutlich angehoben; auch

dürfte der Personalbestand tendenziell erhöht werden. Außerdem werden die Sachaufwendungen der Gebietskörperschaften (insbesondere im Bereich Verteidigung) aufgestockt; der Sachaufwand der Sozialversicherung (wie z.B. die Sachleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung) wird merklich expandieren. Zudem werden die öffentlichen Investitionen sowie die Investitionszuschüsse (z.B. im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“) angesichts der verbesserten Finanzlage des Staates voraussichtlich nochmals ausgeweitet. Auch werden die Ausgaben für das Eltern- bzw. Erziehungsgeld weiter steigen. Ferner ist damit zu rechnen, dass zusätzliche Mittel im Bereich Kinderbetreuung eingesetzt und die Aufwendungen für Ausbildungsbeihilfen und für die Entwicklungshilfe beträchtlich erhöht werden. Überdies werden die Altersrenten zum 1. Juli 2008 deutlich, und zwar voraussichtlich um 1,7 Prozent, angehoben.² Schließlich ist damit zu rechnen, dass der Regelsatz des Arbeitslosengeldes II stärker als gemäß der geltenden Regel erhöht und der Kreis derer, die einen so genannten Kinderzuschlag (anstatt des Sozialgeldes bei Bezug des Arbeitslosengeldes II) beanspruchen können, erweitert wird.

Die Belastung durch Steuern und Sozialbeiträge insgesamt dürfte im Jahr 2008 etwas abnehmen. Zwar wird die Lohnsteuerbelastung progressionsbedingt – sogar verstärkt – steigen; beträchtliche Mindereinnahmen (6 ½ Mrd. Euro) sind aber infolge der Reform der Unternehmens- und Kapitaleinkommensbesteuerung zu erwarten. Der Beitragssatz in der Sozialversicherung insgesamt wird sinken. Der Beitragssatz in der sozialen Pflegeversicherung wird zwar zum 1. Juli 2008 um 0,25 Prozentpunkte

² Der (für die Rentenanpassung maßgebliche) Lohnanstieg im Jahr 2007 und der Nachhaltigkeitsfaktor hätten für sich genommen zwar eine Rentenerhöhung um fast 3 Prozent zur Folge, dem wirken aber die Anhebung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung im Jahr 2007 sowie die (weitere) Erhöhung des Altersvorsorgeanteils im selben Jahr entgegen. Bemerkenswert ist, dass der Nachhaltigkeitsfaktor abermals den Anstieg der Renten verstärkt. Er war eingeführt worden, um das Gegenteil zu bewirken.

erhöht, der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung aber bereits am 1. Januar 2008 nach unserer Einschätzung um 0,5 Prozentpunkte gesenkt; die Beitragssätze in den übrigen Zweigen der Sozialversicherung dürften konstant bleiben.

Bei der absehbaren Finanzpolitik und der etwas verlangsamten Expansion der deutschen Wirtschaft wird sich die Finanzlage der Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden) im Jahr 2008 – anders als in den Jahren 2006 und 2007 – wohl nicht nennenswert verbessern. Deren Budgetsaldo in finanzstatistischer Abgrenzung, der sich in den Jahren 2007 und 2008 wohl ähnlich wie der in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) verändern wird, dürfte negativ bleiben. Das Defizit des Bundes wird wohl im Jahr 2008 sogar etwas zunehmen (2007 knapp 10 Mrd. Euro). Hier wirkt sich aus, dass der Bund im Jahr 2008 rund 6 Mrd. Euro an die Postpensionskasse überweisen wird; ³ auch ist unterstellt, dass die in den Bundeshaushalt 2007 und in den Haushaltsentwurf 2008 eingestellten Privatisierungsmaßnahmen teilweise in die Zeit nach 2008 verschoben werden. Die Länder insgesamt werden im Jahr 2008 wohl – wie im Jahr 2007 – einen geringen Budgetüberschuss aufweisen. Die öffentlichen Schulden dürften im Prognosezeitraum stark abgeschwächt zunehmen. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt dürften sie sich Ende 2008 auf 62,4 Prozent belaufen (Ende 2006: 67,5 Prozent).

Die Finanzlage der Sozialversicherung hat sich vor allem konjunkturbedingt verbessert. Die Bundesagentur für Arbeit wird trotz der kräftigen Reduktion des Beitragssatzes zum Jahresbeginn auch im Jahr 2007 einen hohen Überschuss erzielen. Im Jahr 2008 würde bei gegebener Rechtslage ein ähnlich hoher Überschuss entstehen, die Rücklage (Ende 2006: 11,2 Mrd. Euro) würde weiter deutlich zunehmen. Wir erwarten aber, dass der Beitragssatz

³ In den Jahren 2005 und 2006 waren diese Zahlungen ganz, im Jahr 2007 zu einem sehr großen Teil ausgesetzt worden. So sollte das Budgetdefizit des Staates mit Blick auf die Verpflichtungen nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt manipuliert werden (Benner et al. 2005: Kasten 2).

in der Arbeitslosenversicherung zu Beginn des Jahres 2008 um 0,5 Prozentpunkte auf 3,7 Prozent (und damit stärker als gegenwärtig vorgesehen (3,9 Prozent)) gesenkt wird. Darüber hinaus dürfte der Bund im Jahr 2008 einen Teil der Einnahmen der Bundesagentur in Anspruch nehmen. Zwar soll der Aussteuerungsbetrag, den die Bundesagentur seit dem Jahr 2005 an den Bund zahlt, abgeschafft werden, er würde sich im Jahr 2008 auf rund 2 Mrd. Euro belaufen; es sollen aber Ausgaben des Bundes in Höhe von rund 5 Mrd. Euro auf die Bundesagentur verlagert werden. Der Überschuss der Bundesagentur wird deshalb im Jahr 2008 deutlich sinken (Tabelle 4).

Tabelle 4:

Einnahmen und Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit 2005–2008 (Mrd. Euro)

	2005	2006	2007 ^a	2008 ^a
Beiträge	46,99	51,18 ^b	32,40	29,90 ^c
Umlagen	1,44	1,12	1,01	1,05
Verwaltungskostenerstattung	3,61	2,36	2,34	2,30
Sonstige Einnahmen	0,65	0,72	0,99	1,30
Zuschuss des Bundes	0,40	0,00	6,47	2,58 ^d
Einnahmen	53,09	55,38	43,21	37,13
Eingliederungstitel	3,56	2,48	2,60	2,70
Arbeitslosengeld	27,78	23,61	18,10	15,30
Kurzarbeitergeld, Transfer-				
kurzarbeitergeld	0,64	0,35	0,45	0,45
Umlagefinanzierte Ausgaben	1,45	1,09	1,03	1,05
Aussteuerungsbetrag	4,56	3,28	1,90	0,00
Verwaltungsausgaben	5,98	5,34	5,56	5,70
Sonstige Ausgaben	9,12	8,01	7,06	7,60
Ausgaben	53,09	44,16	36,70	32,80
Saldo	0,00	11,22	6,51	4,33

^aPrognose. — ^bDavon 3,5 Mrd. Euro Extraeinnahmen infolge vorzeitiger Fälligkeit der Beiträge. — ^cBei einem Beitragssatz von 3,7 Prozent. — ^dNach Abzug der Erstattung von Verwaltungsausgaben des Bundes (5 Mrd. Euro).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Amtliche Nachrichten* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

In der gesetzlichen Rentenversicherung wurde der Beitragssatz Anfang 2007 von 19,5 auf 19,9 Prozent angehoben. Zusammen mit der günstigen Arbeitsmarktentwicklung bewirkt dies einen kräftigen Anstieg des Beitragsaufkommens. Bei nur wenig zunehmenden Ausga-

ben, die vor allem Ausgaben für Altersrenten sind, wird sich das Defizit der Rentenversicherung im Jahr 2007 stark verringern. Im Jahr 2008 dürfte sogar ein Überschuss entstehen (Anhang, Tabelle A1). Auch in der gesetzlichen Krankenversicherung wurde der Beitragssatz zum Jahresbeginn kräftig angehoben; er dürfte im Jahresdurchschnitt 2007 für die Krankenkassen im Durchschnitt um 0,6 Prozentpunkte höher sein als im Jahr 2006 (14,2 Prozent). Dies trägt dazu bei, dass das Beitragsaufkommen sehr stark zunimmt. Die Ausgaben der Krankenkassen dürften im Jahr 2007 um 3,6 Prozent steigen. Insgesamt werden die Einnahmen abermals die Ausgaben übersteigen, obwohl der Zuschuss des Bundes an die gesetzliche Krankenversicherung von 4,2 auf 2,7 Mrd. Euro verringert wurde (Anhang, Tabelle A2). Für das Jahr 2008 erwarten wir, dass die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung ähnlich rasch wie im Jahr 2007 steigen werden. Bei der erwarteten konjunkturellen Entwicklung dürften die Einnahmen (bei unverändertem Beitragssatz) die Ausgaben abermals übersteigen.

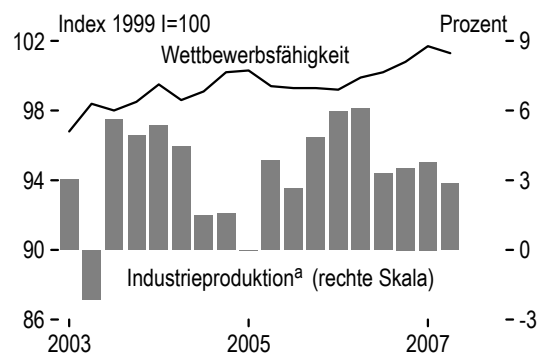
Abkühlung der Weltkonjunktur dämpft Exportzuwächse

Die Zunahme der Ausfuhr hat sich im ersten Halbjahr 2007 beruhigt. Nachdem die Exporte seit Mitte 2005 mit zweistelligen Raten zugenommen hatten, expandierten sie in der ersten Hälfte des laufenden Jahres deutlich langsamer, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass die Expansionsrate für das vierte Quartal 2006 deutlich überhöht sein dürfte; vermutlich sind diese Lieferungen zum großen Teil bereits im ersten Halbjahr 2006 angefallen. Der Anstieg der Industrieproduktion weltweit hat jedenfalls bereits seit Mitte vergangenen Jahres spürbar an Dynamik eingebüßt. Der Ausstoß in den wichtigsten Handelspartnerländern expandiert seither (auf Jahresrate hochgerechnet) mit etwa 3,5 Prozent und damit 2 Prozentpunkte langsamer als in den drei sehr kräftigen Quartalen

zuvor (Abbildung 5). Dämpfend auf den Export wirkte auch die Aufwertung des Euro; seit Anfang 2006 hat sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Hersteller dadurch um 2 Prozent verschlechtert. Die Lieferungen in die übrige Welt dürften auch deshalb stagniert haben – die in die Vereinigten Staaten sanken sogar –, während die ins übrige Europa aufwärtsgerichtet blieben (Abbildung 6).

In der zweiten Jahreshälfte dürfte der Ausfuhranstieg wieder etwas Fahrt aufnehmen. So sind die Auslandsauftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe im bisherigen Jahresverlauf deutlich gestiegen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass ungewöhnlich viele Großaufträge eingingen. Außerdem sind die Exporterwartungen, trotz einer gewissen Verschlechterung in jüngster Zeit, weiter auf hohem Niveau. Vor diesem Hintergrund erwarten wir für das zweite Halbjahr 2007 eine Zunahme des Exports mit einer laufenden Jahresrate von 6,6 Prozent. Im gesamten Jahr 2007 beläuft sich der Exportzuwachs voraussichtlich auf 7,7 Prozent. Im kommenden Jahr dürfte die Ausfuhrdynamik etwas nachlassen, da die Weltwirtschaft an Schwung verliert, nicht zuletzt bedingt durch die konjunkturelle Abschwächung in den

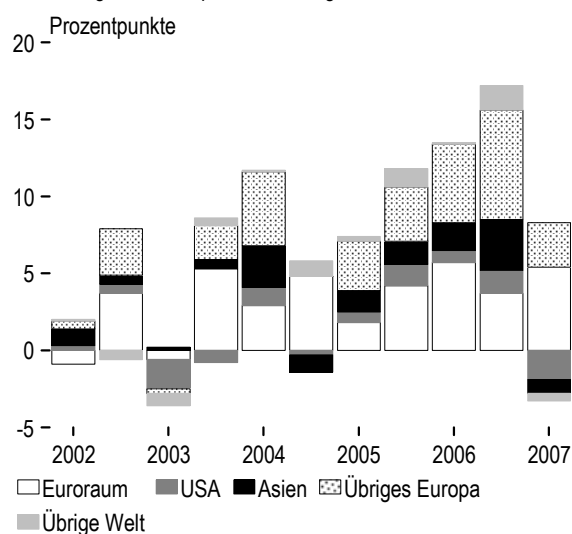
Abbildung 5:
Industrieproduktion und preisliche Wettbewerbsfähigkeit 2003–2007



^aIndustrieproduktion in 30 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Anstieg gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: EZB (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); IMF (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Abbildung 6:
Wertmäßige Warenexporte nach Regionen^a 2002–2007



^aHalbjahresdaten. Lundberg-Komponenten in Prozentpunkten.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Vereinigten Staaten. Zwar wird der Export zunächst durch die immer noch kräftige Konjunktur im Euroraum stimuliert. Doch werden die Auftriebskräfte hier im Jahresverlauf voraussichtlich etwas nachlassen. Alles in allem erwarten wir für 2008 eine Ausweitung des Exports um 6,9 Prozent.

Die Einfuhr ist in der ersten Jahreshälfte im Vergleich zu den eineinhalb Jahren zuvor ebenfalls nur moderat gestiegen. Dämpfend wirkte hier, neben der geringeren Expansion der Exporte, die Anhebung der Mehrwertsteuer im Januar. Zwar nahm die Einfuhr im ersten Quartal noch deutlich zu, möglicherweise auch weil die kräftige Ausweitung des Wohnungsbaus zu erhöhten Baumaterialeinfuhren geführt hat. Im zweiten Quartal kam es dann aber zu der erwarteten Abwärtsbewegung. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dürfte die Einfuhr merklich Fahrt aufnehmen. Im laufenden Jahr erhält sie sowohl von der wieder rascher steigenden Exportnachfrage als auch im Zuge der Ausweitung der privaten Konsumausgaben und der Ausrüstungsinvestitionen Impulse. Im kommenden Jahr schwächen sich diese zwar allmählich ab, und die Zunahme der Importe

verliert damit im Jahresverlauf etwas an Tempo. Im Jahresdurchschnitt wird sie aber voraussichtlich mit 8,4 Prozent deutlich höher sein als im Jahr 2007 (5,7 Prozent).

Die Einfuhrpreise waren im Durchschnitt der ersten Jahreshälfte zwar weiter rückläufig; im Verlauf zogen sie jedoch erstmals seit einem Jahr wieder an. Hintergrund sind die stark gestiegenen Weltmarktnotierungen für Rohstoffe, wobei nicht nur der neuerliche Anstieg des Ölpreis eine Rolle spielte, sondern auch die fortgesetzte Verteuerung anderer Rohmaterialien; so übertraf der HWWI-Index für Industrierohstoffe im August seinen Vorjahreswert um 8,7 Prozent. Allerdings dürfte mittlerweile der Gipfel der Preissteigerungen erreicht sein. Im Zuge der von uns erwarteten Abkühlung der Weltkonjunktur werden die Preise für Industrierohstoffe zurück gehen, und für den Ölpreis ist ein konstanter Wert von 70 US-Dollar je Barrel unterstellt. Die Preise für die übrigen Importgüter werden nur moderat zulegen. Vor diesem Hintergrund werden die Importpreise im weiteren Verlauf dieses Jahres leicht und im nächsten Jahr etwas stärker fallen. Die Exportpreise werden im laufenden Jahr voraussichtlich stagnieren, auch weil die Senkung der Beiträge zur Sozialversicherung den Kostenanstieg der Exporteure dämpft. Im kommenden Jahr ziehen die Exportpreise mit leicht steigenden Arbeitskosten und den konjunkturell gegebenen Preisüberwälzungsspielräumen etwas an. Die Terms of Trade verbessern sich im laufenden Jahr leicht (+0,3 Prozent) und im kommenden Jahr merklich (+1,5 Prozent).

Private Konsumausgaben steigen kräftig – Investitionsdynamik lässt nach

Die Unternehmensinvestitionen sind im vergangenen Halbjahr mit einer laufenden Jahresrate von 7,8 Prozent ausgeweitet worden und damit in ähnlichem Tempo wie in den zurückliegenden zwei Jahren. Nach wie vor sorgt die

kräftige Konjunktur im In- und Ausland für ein günstiges Investitionsklima. Angesichts der hohen Auslastung der Produktionskapazitäten, gefüllter Auftragsbücher und nach wie vor aufwärts weisender Geschäftserwartungen dürfte dies in der zweiten Jahreshälfte 2007 so bleiben. Im weiteren Verlauf dieses Jahres werden die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen zudem dadurch stimuliert, dass ab dem kommenden Jahr die degressive Abschreibungsmöglichkeit entfällt. Es ist daher profitabel, Investitionen, die ohnehin für die nähere Zukunft geplant sind, bereits im laufenden Jahr zu realisieren, um noch in den Genuss der Steuervorteile zu gelangen. Wir veranschlagen die Größenordnung dieser Vorzieheffekte auf 3 Mrd. Euro. Unter Berücksichtigung einer dadurch spürbar beschleunigten Ausweitung der Ausgaben für Ausrüstungen und sonstige Anlagen sowie ebenfalls positiver gewerblicher Bauinvestitionen in der zweiten Jahreshälfte, dürften die Unternehmensinvestitionen alles in allem im Jahr 2007 um 10,1 Prozent steigen (Tabelle 5). Im kommenden Jahr wird die Expansion der Unternehmensinvestitionen etwas langsamer ausfallen, vor allem weil mit der Abschwächung der Weltkonjunktur die Absatzperspektiven nicht mehr ganz so günstig sein wer-

den. Auch die Ertragslage wird sich angesichts etwas rascher steigender Löhne sowie erhöhter Kapitalkosten weniger positiv darstellen. Außerdem fehlen die ins Jahr 2007 vorgezogenen Käufe. Auch aufgrund des hohen Niveaus zu Jahresbeginn dürften die Unternehmensinvestitionen im Durchschnitt des Jahres immer noch um 7,5 Prozent über dem Stand vom Vorjahr liegen.

Der im Wesentlichen durch Steuerrechtsänderungen bedingte Aufschwung beim Wohnungsbau ist vorüber. Rund zwei Jahre waren die Wohnungsbauinvestitionen hauptsächlich deshalb gestiegen, weil die zukünftigen Hauseigentümer die Anfang 2006 weggefallene Eigenheimzulage noch in Anspruch nehmen und/oder die mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer verbundenen Mehrkosten vermeiden wollten. Zu Anfang des laufenden Jahres wurden, begünstigt durch eine sehr milde Witterung, diese Bauvorhaben weitgehend abgeschlossen, im Folgequartal brachen die Investitionen ein. Die weiteren Aussichten für die Wohnungsbauinvestitionen sind nicht günstig. Für die zweite Hälfte des laufenden Jahres deuten die merklich gefallenen Bauaufträge und Baugenehmigungen im Wohnungsbau darauf hin, dass sich der zuletzt verzeichnete Rückgang fortsetzen wird. Zwar dürfte sich mit dem beschleunigten Anstieg der real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, den wir für den weiteren Verlauf des Prognosezeitraums erwarten, tendenziell auch die Wohnungsnachfrage erhöhen. Auch dürfte angesichts der gestiegenen Energiepreise verstärkt in Energieeinsparmaßnahmen investiert werden. Diesen anregenden Faktoren stehen jedoch die negativen Auswirkungen der Vorzieheffekte in den vergangenen beiden Jahren gegenüber; im nächsten Jahr dämpft zudem das gestiegene Zinsniveau die Nachfrage. Vor diesem Hintergrund erwarten wir, dass die Wohnungsbauinvestitionen im Verlauf des kommenden Jahres geringfügig zurückgehen werden. Im Durchschnitt des laufenden Jahres werden die Wohnungsbauinvestitionen wohl in etwa auf dem Stand des Vorjahres liegen (-0,1 Prozent); im Jahr 2008 werden sie voraussichtlich um 0,8 Prozent sinken.

Tabelle 5:
Reale Anlageinvestitionen 2005–2008 (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)

	2005	2006	2007 ^a	2008 ^a
Anlageinvestitionen	1,0	6,1	6,0	5,3
Unternehmensinvestitionen	4,0	6,3	10,1	7,5
Ausrüstungen	6,0	8,3	11,0	9,2
Sonstige Anlagen	4,8	6,7	6,1	9,3
Wirtschaftsbau	-0,9	4,0	2,8	4,7
Wohnungsbau	-3,8	4,3	-0,1	-0,8
Öffentlicher Bau	-5,0	4,9	8,7	2,0
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauinvestitionen	-3,1	4,3	1,7	1,5

^aPrognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Kon-
ten und Standardtabellen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt,
Fachserie 18, Reihe 1.2 (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und
Prognosen.

Die Bauinvestitionen des Staates sind im Jahr 2006 – nach einem über viele Jahre dauernden Rückgang – gestiegen, und zwar preisbereinigt um 4,9 Prozent. Sie dürften im Jahr 2007 um fast 9 Prozent und im Jahr 2008 um 2 Prozent zunehmen. Die verbesserte Finanzlage des Staates lässt dies erwarten, obwohl auch die Preise für die Bauleistungen, die der Staat kauft, kräftig gestiegen sind und weiter erhöht werden dürften.⁴

Die privaten Konsumausgaben waren im ersten Halbjahr 2007 um 2,1 Prozent (laufende Jahresrate) niedriger als im zweiten Halbjahr 2006. Maßgeblich hierfür war die Erhöhung der Mehrwertsteuer, zum einen über die dadurch ausgelösten Vorzieheffekte, zum anderen durch den Realeinkommensentzug. Die Steuererhöhung hat die Verbraucherpreise im ersten Halbjahr 2007 für sich genommen um schätzungsweise 1 ½ Prozentpunkte (laufende Jahresrate) erhöht (vgl. den folgenden Abschnitt) und mit dafür gesorgt, dass die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte mit einer laufenden Jahresrate von 0,8 Prozent zurück gingen. Der deutliche Anstieg der Sparquote um 0,4 Prozentpunkte im ersten Halbjahr 2007 dürfte auch mit den ins vergangene Jahr vorgezogenen Käufen in Verbindung stehen.

In der zweiten Hälfte des laufenden Jahres dürfte sich die Sparquote wieder etwas verringern. Angesichts des von uns erwarteten beschleunigten Produktionsanstiegs und der damit verbundenen Ausweitung des Arbeitsvolumens sowie der Gewinneinkommen werden die privaten Konsumausgaben deutlich rascher steigen als im ersten Halbjahr. Diese Tendenz wird sich in etwas abgeschwächter Form im kommenden Jahr fortsetzen. Das Arbeitsvolumen dürfte abermals deutlich zulegen, zudem werden die Stundenlöhne erstmals seit sechs Jahren wieder um mehr als 2 Prozent anziehen; die Bruttolöhne und -gehälter werden vor diesem Hintergrund 2008 mit 4,7 Prozent sehr kräftig steigen. Die Beiträge zur Sozialversicherung werden weiter sinken; zwar wird der Beitragssatz zur Pflegeversicherung Mitte 2008 um

einen viertel Prozentpunkt angehoben, dem steht jedoch eine Abnahme des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um vermutlich einen halben Prozentpunkt zu Jahresbeginn gegenüber. Die gesetzlichen Altersrenten werden stärker als im laufenden Jahr steigen; auch die Beamtenpensionen werden erhöht. Familien erhalten durch das im laufenden Jahr eingeführte Elterngeld erneut höhere Zuwendungen; zudem werden die BAföG-Sätze wohl angehoben. Unter Berücksichtigung der abermals spürbar anziehenden Selbstständigeneinkommen werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte ihr Niveau vom Vorjahr um 3,9 Prozent übertreffen; real wird der Anstieg voraussichtlich bei 1,9 Prozent liegen. Eine gegenüber 2007 leicht verringerte Sparquote in Rechnung gestellt, wird sich der Anstieg der privaten Konsumausgaben im Jahr 2008 wohl auf 2,1 Prozent belaufen, nach einem Rückgang um 0,1 Prozent im Jahr 2007.

Verbraucherpreisanstieg weiterhin hoch

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten ist weiterhin relativ hoch. Von Januar bis August sind die Verbraucherpreise mit einer laufenden Jahresrate von 2,2 Prozent gestiegen (Abbildung 7). Eine wesentliche Rolle spielten dabei die wieder gestiegenen Energiepreise. So lag der Ölpreis (in Euro) im August um rund 18 Prozent über seinem Stand vom Januar. Außerdem wirken die Preiseffekte der Umsatzsteueranhebung zum 1. Januar; sie haben nicht zuletzt dazu geführt, dass auch die Verbraucherpreise ohne Energie im Verlauf des ersten Halbjahrs kräftig anzogen (laufende Jahresrate 1,8 Prozent). Allerdings dürfte die Preisüberwälzung mittlerweile abgeschlossen sein (Kasten 2). Vor allem im Juli trugen auch stark anziehende Lebensmittelpreise zum Anstieg der Verbraucherpreise ohne Energie bei. Nahrungsmittel verteuerten sich gegenüber Juni saisonbereinigt mit einer laufenden Jahresrate von 8,0 Prozent.

⁴ Zur Entwicklung der Baupreise generell vgl. Boss et al. (2007c: 27).

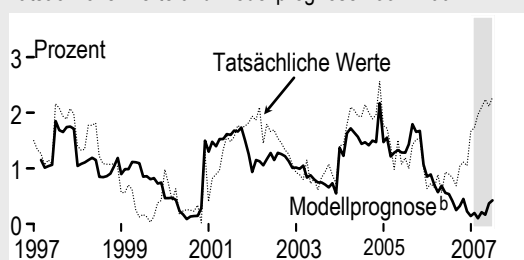
Kasten 2:

Zu den Preiseffekten der Umsatzsteueranhebung

Im Kontext der Umsatzsteueranhebung zum 1. Januar 2007 haben sich mehrere Beiträge mit der Frage befasst, in welchem Umfang und wann die erhöhte Steuerlast auf die Verbraucherpreise übergewälzt würde bzw. wurde (vgl. hierzu Boss et al. 2006b; Boss et al. 2007a; Deutsche Bundesbank 2007a). Ein dreiviertel Jahr nach der Anhebung sollen im Folgenden diese Schätzungen überprüft werden. Auch soll untersucht werden, ob die Preisüberwälzungen weitgehend abgeschlossen sind. Als Preisindikator wird dabei ein Index verwendet, der sowohl Produktkategorien, die dem ermäßigten Umsatzsteuersatz unterliegen, als auch Energie ausschließt. Letztere wird herausgerechnet, um die Effekte der Steueranhebung besser von den Effekten der sehr volatilen Energiepreise trennen zu können. In einem ersten Schritt wird eine Gleichung zur Beschreibung der Preisentwicklung geschätzt, mithilfe derer die ohne Steueranhebung zu erwarten gewesene Preisentwicklung ab Mai 2007 simuliert wird. Der Preiseffekt der Umsatzsteuererhöhung ergibt sich dann durch die Differenz der tatsächlichen Preisentwicklung zu den simulierten Werten. Nach der Simulation wird in einem zweiten Schritt der Effekt auf den gesamten Verbraucherpreisindex berechnet.

Für die Simulation wird eine Gleichung, mit der die Vorquartalsdifferenz des Preisindikators in Abhängigkeit von verzögerten Anstiegen der Lohnstückkosten, der verzögerten Produktionslücke, verzögerten Termen der Differenz des Preisindikators, elf Saisondummies sowie Dummies, die die Effekte der Tabaksteueranhebung und der Gesundheitsreform einfangen, beschrieben wird, über den Stützzeitraum April 1996 bis März 2006 geschätzt.^a Abbildung K2-1 zeigt, dass die Gleichung in der Lage ist, die Entwicklung des Preisindex für den Zeitraum vor der Umsatzsteuererhöhung gut nachzuzeichnen. Dazu wurde rekursiv für jeden Zeitpunkt die Veränderung des Preisindikators über die jeweils zwölf nächsten Monate prognostiziert.

Abbildung K2-1:
Tatsächliche Werte und Modellprognose 1997–2007ⁱ



ⁱVorjahresvergleiche. — ⁱⁱBasierend auf rekursiven Prognosen der Preissteigerungen über die jeweils zwölf nächsten Monate.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Um die Preiseffekte der Umsatzsteueranhebung einschätzen zu können, wurden Prognosen für den Zeitraum Mai 2006 bis Juli 2007 gemacht. Die Ergebnisse zeigen, dass das wirkliche Niveau des hier betrachteten Index im Juli um rund 2,1 Prozent über dem mithilfe des Modells prognostizierten liegt. Natürlich ist dieser durch die Prognose ermittelte Wert mit Unsicherheit behaftet; eine Bootstrap-Simulation zeigt allerdings, dass das wirkliche Preisniveau auch deutlich über der oberen Grenze eines 90-Prozent-Konfidenzbandes liegt. Wie bereits in den anderen Studien gezeigt, entfällt ein knappes Drittel der durch die Steueranhebung verursachten Preiserhöhungen auf die zweite Jahreshälfte 2006, vor allem auf den Oktober und den Dezember.

Zieht man in Betracht, dass die Preise für Nahrungsmittel und Mieten nicht von der Anhebung betroffen sind, dann ergibt sich für den gesamten Verbraucherpreisindex (VPI) ein Effekt zwischen 1,5 Prozent bei voller Überwälzung bei den Energiepreisen und rund 1,25 Prozent bei Nichtüberwälzung bei den Energiepreisen (Tabelle K2-1).

Tabelle K2-1:
Preiseffekte der Umsatzsteueranhebung

	Preiseffekt ⁱ in Prozent
Preisindex ohne Nahrungsmittel, Mieten und Energie	2,10
VPI bei voller Überwälzung auf die Energiepreise	1,51
VPI bei Überwälzung von 2,1 Prozentpunkten auf die Energiepreise	1,44
VPI bei Nichtüberwälzung auf die Energiepreise	1,28

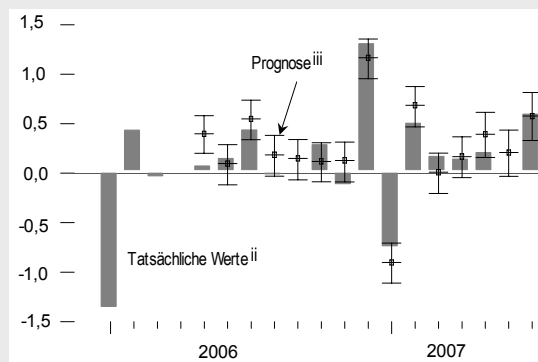
ⁱÜber den Zeitraum Mai 2006 bis Juli 2007.

^aVgl. Arbeitsgemeinschaft (2007: 38) für eine genaue Beschreibung der Spezifikation der Gleichung.

Ferner zeigt ein Blick auf die monatlichen Veränderungen des Preisindikators, dass die Preisanstiege in den vier Monaten von April bis Juli nicht mehr signifikant über denen lagen, die ohne Umsatzsteueranhebung zu erwarten gewesen wären (Abbildung K2-2). Unter der Annahme, dass die Überwälzung bei den Energiepreisen in gleichem Maße stattgefunden hat wie bei den übrigen betroffenen Preisen, liegt der Effekt auf den VPI bei rund 1,4 Prozent.

Dies entspricht etwa jenen 1,3 Prozent, die die Statistische Bundesamt (2005) schematisch als Effekt der Anhebung des Regelsatzes der Umsatzsteuer auf das Verbraucherpreisniveau bei voller Überwälzung berechnet hatte. Alles in allem dürfte die Überwälzung auf die Preise mittlerweile weitgehend abgeschlossen sein.

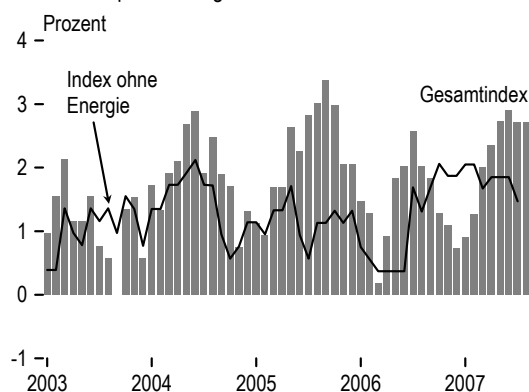
Abbildung K2-2:
Effekt der Mehrwertsteueranhebung 2006 und 2007ⁱ



ⁱVeränderung gegenüber dem Vormonat. — ⁱⁱInklusive 90 Prozent Konfidenzintervall. — ⁱⁱⁱVerbraucherpreise ohne Energie, Nahrungsmittel und Mieten.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Abbildung 7:
Verbraucherpreisanstieg 2003–2007^{a,b}



^aSaisonbereinigt. — ^bVeränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

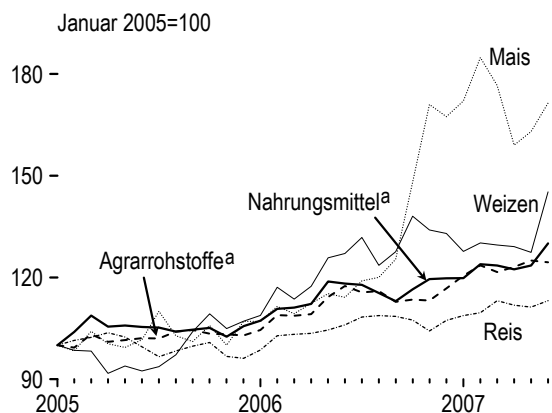
Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Für den Prognosezeitraum unterstellen wir einen Ölpreis von 70 US-Dollar sowie einen Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar von 1,36. Wir erwarten, dass der durch die Ölpreiserhöhung der ersten Jahreshälfte verursachte Inflationsdruck bis zum Ende des Jahres langsam abklingt und dass im weiteren Prognosezeitraum von außenwirtschaftlicher Seite kein Aufwärtsdruck auf die Preise ausgehen wird, zumal die Preise für nichtenergetische Importe im Zuge der sich etwas abschwächenden Weltkonjunktur wohl leicht fallen werden. Dagegen

erwarten wir, dass sich Nahrungsmittel in den kommenden Monaten weiter verteuern werden. Die erhöhte weltweite Nachfrage nach Lebensmitteln sowie die immer häufiger werdende Verwendung von Getreide (hauptsächlich Mais) zur Energiegewinnung sorgen für Knappheiten auf den internationalen Märkten für Nahrungsmittel und führen zu steigenden Preisen (Abbildung 8). Im Prognosezeitraum werden diese Preisanstiege wohl zum Teil durch den Einzelhandel an die Konsumenten weitergegeben. Dabei bewirkt eine Erhöhung der Nahrungsmittelpreise um 1 Prozent einen Anstieg der gesamten Verbraucherpreise von rund 0,1 Prozent.

Potential für einen weiteren Preisauftrieb ergibt sich auch aus der Binnenkonjunktur. Der Tariflohnanstieg wird sich im Prognosezeitraum beschleunigt fortsetzen, gleichzeitig steigt die Arbeitsproduktivität etwas schwächer. Dadurch werden die Lohnstückkosten im Jahr 2008 nominal um 1,9 Prozent zulegen, nachdem sie im laufenden Jahr nur um 0,7 Prozent anziehen dürften. Auftragsbestände und Kapazitätsauslastung der Firmen sind auf sehr hohem Niveau, so dass der Spielraum für Preiserhöhungen gegeben ist. Insgesamt erwarten wir einen Anstieg der Verbraucherpreise um 1,9 Prozent im Jahr 2007. Für das Jahr 2008 dürfte die Verbraucherpreis-inflation aus den oben genannten Gründen 2,0 Prozent betragen.

Abbildung 8:
Preise für Agrarrohstoffe 2005, 2006 und 2007



^aComposite Index des IMF.

Quelle: IMF(2007b).

Weiterhin spürbarer Aufschwung am Arbeitsmarkt

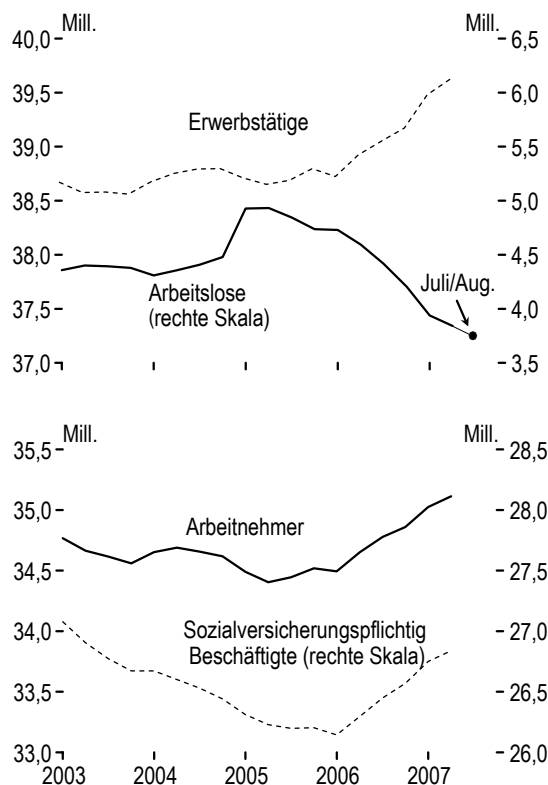
Der Arbeitsmarkt hat sich in den Sommermonaten weiter positiv entwickelt (Abbildung 9). Die Zahl der Erwerbstätigen nahm im zweiten Quartal deutlich zu (+111 000) und die Zahl der Arbeitslosen ging spürbar zurück (-97 000). Im Vergleich zum ersten Quartal nahm die Dynamik allerdings ab. Insbesondere der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung war zuletzt deutlich schwächer als noch zu Jahresbeginn. Dies ist jedoch nicht auf eine Veränderung der konjunkturellen Grundtendenz zurückzuführen, sondern als Gegenereffekt zu den Sonderfaktoren, wie die relativ milde Witterung zu Jahresbeginn, zu interpretieren.

Am Arbeitsmarkt sind erste Knappheitstendenzen erkennbar. Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X) ist bis zuletzt gestiegen.⁵ Außerdem hat laut einer Analyse der Bundesagentur die Vakanzzeit bei Stellenbesetzungen spürbar zugenommen.⁶ Vor diesem Hin-

⁵ Der BA-X umfasst alle der Bundesagentur bekannten Stellenangebote mit Ausnahme der geförderten Stellen und der Saisonstellen.

⁶ Vgl. hierzu Bundesagentur für Arbeit (2007: 8).

Abbildung 9:
Arbeitsmarkt 2003–2007^a



^aSaisonbereinigt.

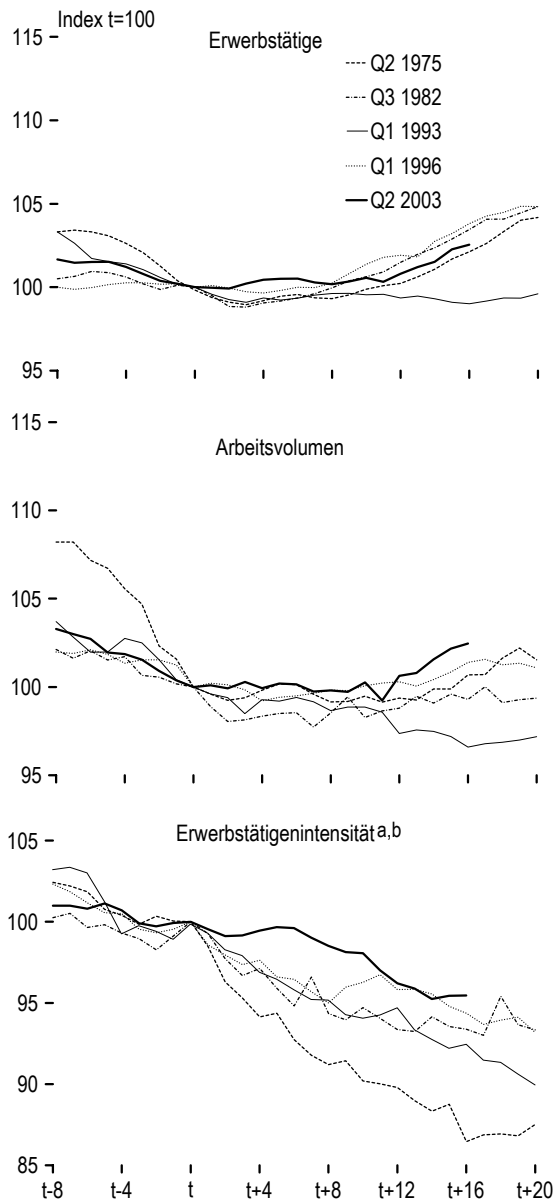
Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3, Inlandsproduktsberechnung* (Ifd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (Ifd. Jgg.).

tergrund profitieren zunehmend auch die Langzeitarbeitslosen von der guten Konjunktur. Im August lag die Zahl der Langzeitarbeitslosen um 21,4 Prozent unter dem Vorjahresstand (nach - 6,0 Prozent im Januar).

Vergleicht man die Entwicklung des Arbeitsmarkts über alle zurückliegenden Aufschwungsphasen seit 1970, zeigen sich erhebliche Übereinstimmungen (Abbildung 10).⁷ Der Verlauf der Erwerbstätigkeit im gegenwärtigen Aufschwung ähnelt grundsätzlich weitgehend dem vergangener Aufschwungsphasen. So erreichen

⁷ Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurde die Datierung der Tiefpunkte von der Deutschen Bundesbank (2007b: 47) übernommen. Allerdings wurden die Daten für einen weiteren Zyklus, mit dem Tiefpunkt erstes Quartal 1996, ergänzt. Diese ergeben sich beispielsweise nach der Methode zur Zyklusbestimmung von Bry und Boschan (1971), vgl. Schirwitz (2006).

Abbildung 10:
Zyklusvergleich^a zum Arbeitsmarkt



^aWert im jeweiligen Zyklustiefpunkt – gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt – gleich 100 gesetzt. — ^bZahl der Erwerbstätigen je Einheit des realen Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Inlandsproduktsberechnung* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

die Zahl der Erwerbstätigen und das Arbeitsvolumen typischerweise ihren zyklischen Tiefpunkt später als die gesamtwirtschaftliche Produktion. Erst etwa vier Quartale danach geht es auch am Arbeitsmarkt wieder aufwärts; ein

Anstieg des Arbeitsvolumens ging damit freilich nur in der Spätphase des Aufschwungs der achtziger Jahre sowie im laufenden Aufschwung einher. Während in den vergangenen Aufschwüngen die Arbeitszeit je Erwerbstätigen weiter zurückging, ist sie im gegenwärtigen Zyklus annähernd konstant geblieben. Dies dürfte Folge der flexibleren Arbeitszeiten sowie der Verlängerung der tariflichen Arbeitszeit sein. Auch hat sich die Erwerbstätigenintensität – gemessen als Zahl der Erwerbstätigen je Einheit des realen Bruttoinlandsprodukts – deutlich besser entwickelt als in vergangenen Phasen. Hierfür dürfte die Lohnzurückhaltung in den vergangenen Jahren maßgeblich gewesen sein (Dovern und Meier 2007).

Im Prognosezeitraum bleibt der Lohnanstieg alles in allem moderat. Nach den Abschlüssen in der Metall- und Elektroindustrie sowie in der Chemieindustrie liegt nun in einem weiteren wichtigen Bereich, dem Bauhauptgewerbe, ein Tarifabschluss vor. Nach 2,3 Prozent in diesem Jahr werden die Tariflöhne im kommenden Jahr verstärkt, um 3,2 Prozent, zulegen. Alles in allem rechnen wir für die Gesamtwirtschaft mit einem Plus bei den Tariflöhnen von 2,5 Prozent im Jahr 2008, nach rund 2 Prozent in diesem Jahr.

Der Lohnanstieg steht damit der Fortsetzung der konjunkturellen Dynamik nicht im Weg. Dies ist insbesondere damit zu erklären, dass die Tarifvertragsparteien mit dem Instrument der Einmalzahlungen einen Weg gefunden haben, um einerseits die Arbeitnehmer an der guten konjunkturellen Entwicklung teilhaben zu lassen und andererseits eine langfristig wirksame, übermäßige Erhöhung der Lohnkosten zu vermeiden.⁸ Die Abschlüsse in der diesjährigen Tarifrunde weisen zudem eine starke Differenzierung auf. Neben der unterschiedlichen wirtschaftlichen Lage zeigt sich in den Abschlüssen auch die relative Verhandlungsmacht der Tarif-

⁸ Rechnet man aus den Tariflohnzuwächsen die Einmalzahlungen heraus, so fallen die Zunahmen zum Teil deutlich geringer aus. So lag der Tariflohnindex auf Monatsbasis mit Einmalzahlungen im Jahr 2006 um 1,3 Prozent höher als im Vorjahr. Ohne Einmalzahlungen betrug der Zuwachs nur 0,9 Prozent. Vgl. hierzu Deutsche Bundesbank (2007b: 51).

Deutsche Konjunktur: Aufschwungskräfte behalten die Oberhand

Tabelle 6:
Arbeitsmarkt 2005–2008 (1 000 Personen)

	2005	2006	2007 ^a	2008 ^a
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Stunden)	55 740	56 001	57 075	58 116
Erwerbstätige (Inland)	38 846	39 088	39 762	40 287
Selbständige ^b	4 356	4 392	4 446	4 503
Davon gefördert ^{c,d}	322	299	241	266
Arbeitnehmer (Inland)	34 490	34 696	35 317	35 783
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^d	26 236	26 364	26 951	27 373
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte ^d	4 771	4 820	4 934	5 009
Pendlersaldo	97	82	60	58
Erwerbstätige (Inländer)	38 749	39 006	39 702	40 229
Arbeitnehmer (Inländer)	34 393	34 614	35 257	35 726
Registrierte Arbeitslose	4 861	4 487	3 780	3 222
Arbeitslosenquote ^e (Prozent)	11,7	10,8	8,9	7,6
Erwerbslosenquote ^f	9,1	8,1	6,4	5,8

^aPrognose. — ^bEinschließlich mithelfender Familienangehöriger. — ^cExistenzgründungszuschuss („Ich-AG“), Überbrückungsgeld, Einstiegsgeld und ab 1. August 2006: Gründungszuschuss. — ^dBerechnet als Durchschnitt der Monatswerte. — ^eBundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. — ^fStandardisierte Arbeitslosenquote nach dem ILO-Konzept.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Amtliche Nachrichten* (lfd. Jgg.); Bundesagentur für Arbeit, *Arbeitsmarkt in Zahlen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

vertragsparteien.⁹ Während der hohe Abschluss in der Metall- und Elektroindustrie die gute Branchenkonjunktur widerspiegelt, führte der zunehmende Wettbewerbsdruck bei der Deutschen Telekom AG zu einer Auslagerung von etwa 50 000 Beschäftigten in Tochtergesellschaften mit verschlechterten Tarifbedingungen. Der Gewerkschaft Deutscher Lokführer scheint es offenbar zu gelingen, für ihre Mitglieder einen Lohnanstieg durchzusetzen, der über dem für die anderen Bahnmitarbeiter beschlossenen Lohnanstieg liegt.

Die realen Arbeitskosten, die im Jahr 2007 auch aufgrund der Senkung der Beiträge zur Sozialversicherung zurückgehen, werden 2008 zum ersten Mal seit 2001 wieder rascher steigen als die Produktivität; dabei spielt auch eine Rolle, dass die Effektivlöhne mit 2,9 Prozent je Stunde abermals rascher anziehen dürften als die Tariflöhne. Aufgrund der zunehmenden Knappheiten am Arbeitsmarkt dürften die Unternehmen zunehmend bereit sein, Aufschläge auf die Tariflöhne zu zahlen, um geeignetes Personal für sich zu gewinnen.

Die Erwerbstätigkeit wird im Prognosezeitraum weiter sehr schwungvoll zunehmen. Bedingt durch die gute Konjunktur und die alles in allem moderate Lohnentwicklung wird die Zahl der Erwerbstätigen 2007 ihren Vorjahresstand um 1,7 Prozent oder 670 000 Personen übersteigen (Tabelle 6).¹⁰ Diese Zunahme resultiert überproportional aus dem Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Im Verlauf des Jahres 2008 dürfte der Beschäftigungsaufbau infolge der dann schwächeren Konjunktur an Schwung einbüßen. Im Jahresdurchschnitt wird die Zahl der Erwerbstätigen um 1,3 Prozent über ihrem Vorjahresstand liegen und dann erstmals die Marke von 40 Millionen überschreiten. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird bei alledem weiter deutlich sinken. Im laufenden Jahr wird sie sich – auch bedingt durch Maßnahmen zur Bereinigung der Statistik und durch ein rückläufiges Arbeitskräfteangebot – um reichlich 700 000 Personen verringern. Im kommenden Jahr dürfte sie nochmals

⁹ Vgl. hierzu auch Deutsche Bundesbank (2007b: 50).

¹⁰ Der zusätzliche Anstieg im Vergleich zu unserer Prognose vom Juni 2007 resultiert aus einer deutlichen Aufwärtsrevision der bisherigen Erwerbstätigenzahlen für die ersten Monate des 2007.

deutlich – um 560 000 Personen – sinken, so dass die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt bei 3,2 Millionen liegen dürfte.

Ausblick: Produktionsanstieg schwächt sich etwas ab

Die konjunkturelle Dynamik in Deutschland wird im Verlauf des zweiten Halbjahrs spürbar höher sein als in den ersten sechs Monaten (Tabelle 7). So dürften die Exporte nach der vorübergehenden Flaute wieder an Schwung gewinnen; dazu trägt eine Belebung im übrigen Euro-Raum bei (Doveryn et al. 2007). Vor allem aber wird die Inlandsnachfrage beschleunigt steigen, da die dämpfenden Effekte der restriktiven Finanzpolitik allmählich abklingen. Besonders der private Konsum dürfte kräftig zulegen, denn mit dem fortgesetzten Aufschwung am Arbeitsmarkt und dem wieder geringeren Preis- auftrieb nehmen die realen verfügbaren Ein-

kommen deutlich zu; auch dürfte sich die Sparquote, die sich zu Jahresbeginn sprunghaft erhöhte, normalisieren. Die Investitionsdynamik wird hoch bleiben, denn die Absatz- und Ertragsersparungen sind nach wie vor positiv. Im weiteren Verlauf dieses Jahres werden die Unternehmen ihre Investitionen voraussichtlich sogar beschleunigt ausweiten, um die günstigen Abschreibungsbedingungen, die ab dem Jahr 2008 nicht mehr gelten, auszunutzen. Alles in allem wird die gesamtwirtschaftliche Produktion im zweiten Halbjahr deutlich rascher expandieren als das Produktionspotential. Für das Jahr 2007 insgesamt prognostizieren wir einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 2,7 Prozent (Abbildung 11). Die Spanne, in der die Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2007 mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit liegt, reicht von 2,3 bis 3,1 Prozent (Abbildung 12). Die Zahl der Arbeitslosen dürfte sich im Jahresdurchschnitt um rund 700 000 auf 3,8 Millionen verringern. Die Verbraucherpreise werden voraussichtlich um 1,9 Prozent zulegen.

Tabelle 7:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2006, 2007 und 2008^a

	2006				2007				2008			
	I	II	III	IV	I	II	III ^b	IV ^b	I ^b	II ^b	III ^b	IV ^b
Bruttoinlandsprodukt	3,4	5,4	3,0	4,0	2,2	1,0	4,2	2,1	1,8	1,5	1,5	1,6
Private Konsumausgaben	3,4	0,7	1,4	3,4	-7,0	2,5	2,5	2,3	1,9	1,8	1,5	1,5
Konsumausgaben des Staates	2,2	-0,5	2,1	0,0	6,9	-0,7	0,3	0,4	3,5	2,3	1,9	1,9
Ausrüstungsinvestitionen	-2,2	24,3	-2,4	10,9	15,7	10,3	12,0	16,0	4,0	6,0	6,0	6,0
Bauinvestitionen	-15,1	32,7	8,0	6,2	5,8	-18,0	0,8	2,2	0,6	1,5	1,8	1,8
Sonstige Anlagen	5,1	10,7	7,8	10,3	-10,9	13,1	12,0	17,0	4,0	6,0	6,0	6,0
Vorratsveränderungen ^c	0,0	-1,8	0,8	-6,9	7,7	-2,5	0,5	-0,2	-0,5	0,6	0,2	1,2
Inländische Verwendung	0,9	3,5	2,7	-3,6	6,8	-2,2	3,5	3,0	1,8	2,9	2,3	3,3
Ausfuhr	21,1	7,2	13,9	23,0	-1,2	3,6	8,0	7,0	7,0	6,0	5,5	5,5
Einfuhr	16,0	2,9	14,9	5,4	8,7	-3,5	7,0	10,0	8,0	10,0	8,0	10,0
Außenbeitrag ^c	2,9	1,9	0,3	7,5	-3,7	2,9	1,1	-0,4	0,4	-0,8	-0,3	-1,0
Beschäftigte Arbeitnehmer im Inland ^d	34 465	34 642	34 775	34 886	35 165	35 260	35 360	35 480	35 610	35 730	35 845	35 947
Arbeitslose ^d	4 729	4 596	4 418	4 204	3 939	3 842	3 744	3 594	3 434	3 284	3 144	3 024

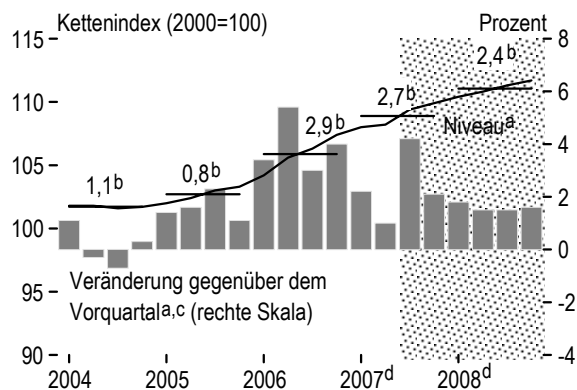
^aKettenindizes. Saison- und arbeitstäglich bereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — ^bPrognose. — ^cLundberg-Komponente. — ^d1 000 Personen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (Ifd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Deutsche Konjunktur: Aufschwungskräfte behalten die Oberhand

Abbildung 11:

Reales Bruttoinlandsprodukt 2004–2008^a



^aArbeitstäglich- und saisonbereinigt. — ^bVeränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. — ^cAuf Jahresrate hochgerechnet. — ^dAb 2007 III: Prognose.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (Ifd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* (Ifd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Abbildung 12:

Prognoseintervalle für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts 2007 und 2008^a



^aPrognostizierter Anstieg (Linie) und Prognoseintervall (grau hinterlegte Flächen) bei Irrtumswahrscheinlichkeiten von 66, 33 und 5 Prozent (basierend auf historischen Prognosefehlern des Instituts für Weltwirtschaft jeweils im dritten Quartal der Jahre 1994–2006).

Quelle: Eigene Berechnungen.

Im kommenden Jahr wird die gesamtwirtschaftliche Produktion nur noch in moderatem Tempo zunehmen, und die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung wird – ausgehend von dem hohen Stand am Ende dieses Jahres – im Verlauf etwas sinken. Dabei wird die Inlands-

nachfrage allerdings weiter recht kräftig expandieren und die wesentliche Stütze der Konjunktur sein, während von der Außenwirtschaft anders als in den Vorjahren kein Wachstumsbeitrag zu erwarten ist. Bei anhaltend hoher Beschäftigungsdynamik werden die privaten Konsumausgaben deutlich rascher ausgeweitet werden als im laufenden Jahr. Dagegen werden die Unternehmensinvestitionen wohl etwas an Schwung verlieren. Zum einen ist dies ein Reflex auf das Vorziehen von Käufen in das Jahr 2007. Zum anderen wird aber auch die straffere Geldpolitik zunehmend wirksam. Auch werden die Finanzierungsbedingungen generell weniger günstig sein; hier dürften sich die veränderten Risikoeinschätzungen durch die Märkte bemerkbar machen. Daneben dürften sich für die deutschen Unternehmen die Absatzaussichten im Ausland etwas eintrüben. In der Weltwirtschaft wird das Expansionstempo nicht mehr so hoch sein wie in den Vorjahren. Für die deutschen Exporteure ist besonders bedeutsam, dass die Konjunktur im übrigen Euroraum etwas an Schwung verlieren wird und die Flaute in den Vereinigten Staaten erst allmählich überwunden werden dürfte.

Für das Jahr 2008 erwarten wir einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 2,4 Prozent (Tabelle 8). Dazu trägt der Arbeitstageeffekt 0,3 Prozentpunkte bei. Die Arbeitslosigkeit dürfte im Jahresdurchschnitt weiterhin deutlich sinken, sie dürfte sich auf etwa 3,2 Millionen belaufen, nach rund 3,8 Millionen im Vorjahr. Der Preisauftrieb wird mit einer Rate von 2,0 Prozent ähnlich hoch sein wie im Jahr 2007. Zwar drückt der Basiseffekt, der sich aufgrund der Mehrwertsteueranhebung im Jahr 2007 ergibt, die Rate im Jahr 2008; insbesondere die stärker anziehenden Lohnstückkosten führen jedoch zu stärkeren Preisanhebungen. Damit wird die Inflationsrate auch im kommenden Jahr ähnlich hoch sein wie im übrigen Euroraum.

Bei dieser Prognose bestehen zum jetzigen Zeitpunkt erhebliche Risiken, die wir anhand der Prognosefehler in der Vergangenheit ermitteln. Für das kommende Jahr reicht die Spanne, in der die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit

Deutsche Konjunktur: Aufschwungskräfte behalten die Oberhand

Tabelle 8:
Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2005–2008

	2006	2005	2006	2007 ^a	2008 ^a
	Mrd. Euro	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		0,8	2,9	2,7	2,4
Private Konsumausgaben		-0,1	1,0	-0,1	2,1
Konsumausgaben des Staates		0,5	0,9	1,8	1,8
Anlageinvestitionen		1,0	6,1	6,0	5,3
Ausrüstungsinvestitionen		6,0	8,3	11,0	9,2
Bauinvestitionen		-3,1	4,3	1,7	1,5
Sonstige Anlagen		4,8	6,7	6,1	9,3
Vorratsveränderung ^b		0,1	0,0	0,1	0,0
Inländische Verwendung		0,3	1,9	1,6	2,7
Ausfuhr		7,1	12,5	7,7	6,9
Einfuhr		6,7	11,2	5,7	8,4
Außenbeitrag ^b		0,5	1,1	1,2	-0,2
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	2 322,2	1,5	3,5	4,2	4,2
Private Konsumausgaben	1 357,5	1,4	2,3	1,6	4,1
Konsumausgaben des Staates	425,9	1,4	1,0	2,4	3,2
Anlageinvestitionen	417,1	0,9	6,7	8,7	5,9
Ausrüstungsinvestitionen	173,7	4,9	7,1	10,6	8,6
Bauinvestitionen	203,4	-2,2	6,8	7,8	3,7
Sonstige Anlagen	26,3	2,1	3,7	4,0	6,1
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)	-4,7	-7,5	-4,7	-7,1	-14,6
Inländische Verwendung	2 195,8	1,5	3,0	3,0	4,0
Ausfuhr	1 046,5	8,3	14,0	7,8	7,6
Einfuhr	920,1	9,2	14,3	5,4	7,5
Außenbeitrag (Mrd. Euro)	126,4	113,3	126,4	157,5	169,9
Bruttonationaleinkommen	2 344,4	1,7	3,5	4,2	4,4
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		0,7	0,6	1,5	1,8
Private Konsumausgaben		1,5	1,4	1,8	2,0
Konsumausgaben des Staates		1,0	0,2	0,6	1,4
Ausrüstungsinvestitionen		-1,0	-1,1	-0,4	-0,6
Bauinvestitionen		0,9	2,4	6,0	2,2
Sonstige Anlagen		-2,6	-2,8	-2,0	-3,0
Ausfuhr		1,1	1,3	0,1	0,6
Einfuhr		2,4	2,8	-0,2	-0,8
<i>Nachrichtlich: Verbraucherpreise</i>		2,0	1,7	1,9	2,0
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen		1,4	3,6	3,7	5,1
Arbeitnehmerentgelte		-0,6	1,7	3,5	4,3
in Prozent des Volkseinkommens		66,8	65,6	65,5	65,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen		5,9	7,2	4,1	6,6
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte		1,7	1,9	1,9	3,9
Sparquote (Prozent)		10,5	10,5	10,7	10,6
Lohnstückkosten, real ^c		-1,7	-1,7	-0,7	0,1
Produktivität ^d		1,3	2,4	0,8	0,5
Arbeitslose (1 000)		4 861	4 487	3 780	3 222
Arbeitslosenquote (Prozent)		11,7	10,8	8,9	7,6
Erwerbstätige ^e (1 000)		38 846	39 088	39 762	40 287
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		-75,6	-37,3	0,7	5,0
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt		-3,4	-1,6	0,0	0,2
Schuldenstand ^f		67,8	67,5	64,8	62,4

^aPrognose. — ^bLundberg-Komponente. — ^cArbeitnehmerentgelt je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. — ^dBruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je geleisteter Erwerbstätigenstunde. — ^eInlandskonzept. — ^fIn Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

liegt, von 0,2 bis 4,6 Prozent. Ein großes Risiko besteht derzeit darin, dass sich die Unsicherheit darüber, in welchem Umfang Banken von den Verlusten im Zusammenhang mit der Immobilienkrise in den Vereinigten Staaten betroffen sind, nicht rasch auflöst und die Liquiditätsengpässe an den Geldmärkten deshalb über längere Zeit bestehen bleiben. Dadurch würden die Finanzierungskosten für die Unternehmen steigen; außerdem wäre die Stabilität des Bankensystems andauernd bedroht. Erhebliche Abwärtsrisiken bestehen auch bei der Konjunktur im Ausland. Unsere Simulationen oben haben gezeigt, dass, wenn sich der Einbruch am amerikanischen Immobilienmarkt weiter verschärfen oder stärker als unterstellt auf die Konjunktur durchschlagen sollte, auch die deutsche Konjunktur davon betroffen wäre, zumal dann wohl auch der US-Dollar schwächer würde und somit die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportunternehmen beeinträchtigt würde.

Was sollte die Wirtschaftspolitik tun, damit der Produktionsanstieg kräftig bleibt?

Die Ausgangslage

Die deutsche Wirtschaft wird sich nach unserer Prognose im Jahr 2008 im dritten Jahr des Aufschwungs befinden. Der Produktionszuwachs wäre bis dahin mit jahresdurchschnittlich fast 3 Prozent erheblich stärker als in den Jahren 2001 bis 2005. In jener Zeit nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um durchschnittlich nur 0,6 Prozent pro Jahr zu, die Inlandsnachfrage ging sogar zurück. Zu einem großen Teil sind diese Unterschiede Ausdruck eines typischen Konjunkturzyklus. Teilweise kann man die Beschleunigung in jüngster Zeit allerdings darauf zurückführen, dass das Produktionspotential offenbar seit einiger Zeit schneller

wächst.¹¹ Nach unseren Schätzungen wird das reale Bruttoinlandsprodukt im kommenden Jahr etwas höher sein als das Produktionspotential. Wie lange die Phase mit einer hohen Kapazitätsauslastung andauern wird und ob sich der Output Gap sogar noch vergrößert, lässt sich aus der Erfahrung nicht eindeutig ableiten. Die Konjunkturzyklen waren in den vergangenen Jahrzehnten sowohl unterschiedlich lang als auch unterschiedlich stark ausgeprägt; in manchen Zyklen war die Produktionslücke – nach den meisten Schätzungen – über mehrere Jahre ausgeprägt positiv, so auch in den Jahren 1999 bis 2002.

Häufig ging in der Vergangenheit ein Aufschwung dann zu Ende, wenn die Kosten übermäßig stiegen und von daher die Einhaltung des Inflationsziels gefährdet war. Sollte sich dies abzeichnen, muss eine auf Glaubwürdigkeit bedachte Notenbank wie die EZB die Zinsen so stark anheben, dass die Konjunktur einen Dämpfer erhält. Dieses Szenario ist für das kommende Jahr aber nicht zu erwarten. Der Anstieg der Arbeitskosten dürfte sich im Euroraum insgesamt in einem Rahmen bewegen, der als stabilitätskonform angesehen werden kann (Dovern et al. 2007). Insofern ist die Wahrscheinlichkeit gering, dass es in nächster Zeit zu einer „Kollision der Lohnpolitik mit der Geldpolitik“ kommt, die früher häufig einen Abschwung einleitete oder sogar eine Rezession auslöste. Wichtig ist – auch mit Blick auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit –, dass der Anstieg der Arbeitskosten in Deutschland mäßig bleibt. Das Risiko, dass die sich weiter besessernde Lage auf dem Arbeitsmarkt zu einem stärkeren Lohndruck in der Zeit nach 2008 führt, besteht durchaus; dies zeigen auch unsere modellbasierten Schätzungen des Lohnsetzungsverhaltens. Ob dieses Risiko gering gehalten wird und der Anstieg der Löhne moderat bleibt, wird auch durch die Wirtschaftspolitik beeinflusst.

Entscheidend für den Produktionsanstieg in den kommenden Jahren ist letztlich, wie sich

¹¹ Zu den Ursachen für den rascheren Anstieg des Produktionspotentials in Deutschland vgl. Boss et al. (2007b).

die Wachstumsrate des Produktionspotentials entwickelt. Hierbei kommt der Wirtschaftspolitik eine entscheidende Rolle zu. Von der Finanzpolitik sind allerdings in nächster Zeit – abgesehen von der Reform der Unternehmens- und Kapitaleinkommensbesteuerung – keine größeren Impulse zur Stärkung des Potentialwachstums zu erwarten. Vor allem ist es offenbar nicht beabsichtigt, die Einkommensteuersätze in dieser Legislaturperiode zu verringern; damit würde das Wachstum sogar gebremst, denn die Belastung durch die Einkommensteuer wird durch die heimlichen Steuererhöhungen spürbar zunehmen. Auch soll der Spielraum für die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge, der sich aus der günstigen Finanzlage der Bundesagentur für Arbeit ergibt, nicht voll genutzt werden. Die Politik sollte aber etwas unternehmen, um zu verhindern, dass die Wachstumsrate des Produktionspotentials bald wieder geringer wird. Insbesondere zwei Maßnahmen sollten erwogen werden: eine deutlichere Verringerung des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung und eine generelle Reduktion der Einkommensteuersätze. Eine weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktumfelds wäre ebenfalls wünschenswert, nicht zuletzt deshalb, weil so der Anstieg der Lohnkosten nach dem Jahr 2008 auf moderatem Niveau gehalten werden kann.

Stärkere Reduktion des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung wünschenswert¹²

Der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung soll nach derzeitiger Beschlusslage zum 1. Januar 2008 von 4,2 auf 3,9 Prozent verringert werden. Dies hätte bei der erwarteten konjunkturellen Entwicklung und bei den geltenden Regeln für die Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit zur Folge, dass der Budgetüberschuss der Bundesagentur für Arbeit im Jahr

2008 rund 6 Mrd. Euro beträgt.¹³ Eine Verringerung des Beitragssatzes um zusätzlich einen halben Prozentpunkt ist möglich, ohne dass im Fall einer wirtschaftlichen Abschwächung nach dem Jahr 2008 ein Defizit im Haushalt der Bundesagentur aufträte und damit ein Bedarf an Zuschüssen des Bundes entstünde. Wir halten eine Reduktion des Beitragssatzes auf 3,4 Prozent für angebracht.¹⁴

Dies bedeutet nicht, dass die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nicht für wichtig gehalten wird. Blicke es nämlich bei einem Beitragssatz von 3,9 Prozent, so würde der Überschuss der Bundesagentur im Jahr 2008 wohl nicht in dem Maße größer ausfallen, das sich aus dem Beitragssatzunterschied (als 4 Mrd. Euro bei 0,5 Beitragssatzpunkten) errechnen lässt; das Finanzpolster würde also nicht entsprechend stärker zunehmen. Vielmehr wäre angesichts der politischen Diskussion sowie der Erfahrungen wohl zu erwarten, dass es in diesem Fall zu zusätzlichen Ausgaben der Bundesagentur (beispielsweise für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) kommt und/oder dass der Bund seine Zuweisungen an die Bundesagentur kürzt.

Widerspricht eine Einkommensteuer-senkung dem Ziel der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte?

Eine Reduktion der Einkommensteuersätze wird oft als nicht erforderlich angesehen, gelegentlich wird sie als nicht finanzierbar eingestuft. Ziel der Finanzpolitik sollte es gegenwärtig vor dem Hintergrund des hohen Schuldenstandes tatsächlich sein, die Nettokreditaufnahme zu verringern oder eine Neuverschuldung sogar zu vermeiden. Durch kräftige Ausgabenkürzungen, insbesondere bei den Finanz-

¹² Einen Vorschlag zur grundlegenden Reform der Arbeitslosenversicherung (Beschäftigungskonten) haben Boss et al. (2007d) vorgelegt.

¹³ Ende 2008 wäre eine Rücklage in Höhe von 24 Mrd. Euro aufgebaut.

¹⁴ Dies gilt selbst dann, wenn ein Teil der bereits vorhandenen Rücklage zur Finanzierung von Beamtenpensionen in der Zukunft „zurückgelegt“ wird.

hilfen des Staates,¹⁵ lässt sich aber Spielraum für eine Verringerung der Einkommensteuersätze schaffen.

Selbst dann, wenn im Jahr 2008 – wie absehbar – beträchtliche Mehrausgaben getätigt werden, ist eine generelle Reduktion der Einkommensteuersätze beispielsweise zum Beginn des Jahres 2009 erwägenswert. Unterbleibt nämlich bei zunehmenden Nominaleinkommen eine Anpassung der Grenz- und damit der Durchschnittssteuersätze, so steigt die Steuerbelastung infolge heimlicher Steuererhöhungen, die Arbeitsanreize werden geschwächt, und das Wachstum des Produktionspotentials fällt geringer aus als sonst (Kasten 3).¹⁶

Anstatt alle Einkommensteuersätze beispielsweise in prozentual gleichem Ausmaß zu verringern, könnte der Solidaritätszuschlag (z.B. in zwei Stufen) abgeschafft werden. Dies hätte nicht – wie oft suggeriert – zur Folge, dass die Transfers zugunsten der neuen Länder geringer als sonst ausfielen; denn das Aufkommen, das der Solidaritätszuschlag erbringt (2007: 12,6 Mrd. Euro), ist nicht zweckgebunden für die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Ländern. Es hätte aber zur Folge, dass die Mindereinnahmen ganz beim Bund anfielen, dem das gesamte Aufkommen an Solidaritätszuschlag zusteht. Wollte man alle Gebietskörperschaften an den Steuermindereinnahmen „beteiligen“, so müsste die Verteilung der so genannten Gemeinschaftssteuern (Einkommensteuer, Steuern vom Umsatz) auf Bund, Länder und Gemeinden geändert werden. Dies könnte sich politisch als schwierig erweisen.

Möglich ist es auch, das Problem der heimlichen Erhöhung der Einkommensteuer, die bei einem Anstieg des Preisniveaus und/oder bei einer Zunahme der Realeinkommen entsteht, dauerhaft zu lösen. Will man heimliche Erhöhungen systematisch vermeiden, so sind eine Indexierung der Abzugsbeträge bei der Ermitt-

lung des zu versteuernden Einkommens und aller Stufen des Einkommensteuertarifs entsprechend der Nominaleinkommensentwicklung erforderlich. Für jeden Steuerpflichtigen bliebe die Steuerbelastung konstant, wenn sich sein Realeinkommen wie im Durchschnitt für alle Beschäftigten veränderte. Die Anpassung des Einkommensteuertarifs – jedenfalls entsprechend dem Anstieg des Verbraucherpreisniveaus – ist keineswegs eine Seltenheit in den Industrieländern. So werden in den Vereinigten Staaten seit 1981 wichtige Elemente des Einkommensteuerrechts jedes Jahr angepasst, nämlich die persönlichen Freibeträge, die Standardabzüge und die Stufen des Tarifs.¹⁷

Weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarkts erforderlich

Die Lohnzurückhaltung in den vergangenen Jahren hat nicht nur zu einem höheren Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts und der Beschäftigung geführt, sie hat vor allem auch die Angebotsbedingungen verbessert und somit das Potentialwachstum gefördert (Boss et al. 2007b). Es zeigt sich, dass der moderate Anstieg der Löhne nicht allein ein zyklisches Phänomen war, die Konjunkturschwäche und die hohe Arbeitslosigkeit also den Anstieg der Löhne bremsen. Die Lohnzurückhaltung hat sich nicht zuletzt unter dem Druck des intensiveren internationalen Wettbewerbs und verschiedener Maßnahmen zur Flexibilisierung des deutschen Arbeitsmarkts ergeben. Sie war insofern strukturell bedingt, entsprechend führte sie zu einer Abnahme der strukturellen Arbeitslosigkeit. Eine Fortsetzung des moderaten Lohnanstiegs wäre der beste Beitrag für mehr Wachstum und Beschäftigung. Dass es dazu kommt, ist umso wahrscheinlicher, je mehr die Bundesregierung die Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt vorantreibt und die Arbeitsanreize erhöht. Dann könnte das Produktionspotential rascher wachsen, und die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts wäre mittelfristig höher.

¹⁵ Zu den Finanzhilfen und sonstigen Subventionen in Deutschland vgl. Boss und Rosenschon (2006).

¹⁶ Der Bundeswirtschaftsminister schätzt die Situation offenbar ähnlich ein. „Im Jahr 2010 – 5 Jahre nach der letzten allgemeinen Steuersenkung – sollten die bis dahin angesammelten ‚heimlichen Steuererhöhungen‘ an die Bürger und Betriebe zurückgegeben werden“ (BMWi 2007: 9).

¹⁷ Vgl. hierzu Rosen und Gayer (2008: 403–404).

Kasten 3:

Deutlicher Anstieg der Belastung bei unverändertem Einkommensteuerrecht – Der Einkommensteuertarif als Wachstumsbremse^a

Die Einkommensteuersätze waren in den Jahren 2001, 2004 und 2005 deutlich gesenkt worden. Diese Änderungen des Einkommensteuertarifs bedeuten aber nicht, dass in geringerem Maße als zuvor mit heimlichen Steuererhöhungen zu rechnen ist. Auch der Einkommensteuertarif 2005 und der Tarif 2007^b sind so geartet, dass es zu beträchtlichen heimlichen Steuererhöhungen kommt. Die Elastizität des Lohnsteueraufkommens, des weitaus größten Teils des Einkommensteueraufkommens, ist im Jahr 2007 bei unveränderter Beschäftigtenzahl mit einem Wert von 1,9 sehr hoch (vgl. Boss et al. 2006a). Sie wird in den nächsten Jahren bei unverändertem Einkommensteuertarif – in Abhängigkeit von dem unterstellten Lohnanstieg – zwar sinken, aber hoch bleiben. Die heimlichen Steuererhöhungen belaufen sich bei einem Lohnanstieg um jahresdurchschnittlich 2 Prozent auf rund 3 Mrd. Euro je Jahr.

Für einen Lohnsteuerpflichtigen mit durchschnittlichem Bruttolohn (und mit pauschalierten Werbungskosten und Sonderausgaben) beträgt der Durchschnittssteuersatz (Lohnsteuer bezogen auf das zu versteuernde Einkommen) im Jahr 2007 rund 18 Prozent, der Grenzsteuersatz beläuft sich auf reichlich 30 Prozent. Der Grenzsteuersatz des durchschnittlichen Lohnsteuerzahlers wird – bei einem unterstellten Lohnanstieg in Höhe von 1,5 Prozent je Jahr – in den Jahren 2007 bis 2011 von 30,2 Prozent auf 31,0 Prozent, der Durchschnittssteuersatz um ebenfalls 0,8 Prozentpunkte steigen (Boss et al. 2006a: 14–15). Auch dann, wenn man nicht nur die Einflüsse des Steuertarifs, sondern auch die der Regeln für die Abzugsbeträge berücksichtigt, zeigt sich, dass die Belastung typischer Gruppen der Beschäftigten um knapp einen Prozentpunkt steigen wird (Boss et al. 2006a: 17).

Dies bedeutete, dass der Nettoealohn schwächer als der Bruttoealohn steigt oder gar sinkt. Das Arbeitsangebot würde reduziert und bei nicht unelastischer Arbeitsnachfrage unter sonst gleichen Umständen das Wachstum des Produktionspotentials verringert. Das Ausmaß des dämpfenden Effekts hängt u.a. von der Elastizität des Arbeitsangebots in Bezug auf den Nettoealohn ab. Haan und Steiner schätzen die Elastizität der Zahl der Arbeitsstunden in Bezug auf eine einprozentige Änderung des Reallohns für Frauen auf 0,3 und für Männer auf 0,2 (Haan und Steiner 2004: 11–12). Angesichts dieser Werte könnte ein Anstieg der Steuerbelastung um knapp einen Prozentpunkt zu einem beträchtlichen Rückgang des Arbeitsangebots führen. Der Einkommensteuertarif würde sich als Wachstumsbremse erweisen.

^aDie im Folgenden beschriebene Problematik wird ausführlich behandelt in einem Aufsatz, der im Januar 2008 in den „Perspektiven der Wirtschaftspolitik“ veröffentlicht werden wird (Achim Boss, Alfred Boss und Thomas Boss, Der deutsche Einkommensteuertarif. Wieder eine Wachstumsbremse?) — ^bIm Jahr 2007 gelten ein Eingangsteuersatz von 15 und (außer für gewerbliche Einkünfte) ein Spitzensteuersatz von 45 statt zuvor 42 Prozent für zu versteuernde Einkommen von mehr als 250 000 Euro je Jahr für Ledige bzw. 500 000 Euro je Jahr für Verheiratete.

Allerdings deuten die Pläne der Bundesregierung für den Rest der Legislaturperiode sowie die gegenwärtige Diskussion in den Parteien nicht auf entsprechende Maßnahmen hin. In mancher Hinsicht ist sogar mit einer Verschlechterung der Rahmenbedingungen des Arbeitsmarkts zu rechnen. So soll der Mindestlohn offenbar auf weitere Bereiche ausgedehnt werden, obwohl die Argumente für die Einführung eines Mindestlohns nicht überzeugen (Sachverständigenrat 2006, Ziffern 536–543). Auch wird erwogen, selbst bei fehlender Bedürftigkeit einen so genannten Erwerbstätigenzuschlag für Geringverdiener zu zahlen, die bislang Arbeitslosengeld II beziehen (Creutz-

burg 2007). Dies würde zwar die Zahl der Empfänger des Arbeitslosengeldes II reduzieren, aber nur dadurch, dass die betroffenen Leistungsempfänger anders genannt würden. Es würde zudem den Kreis der Begünstigten vergrößern und hätte insofern zur Folge, dass ein Grundprinzip des Systems des Arbeitslosengeldes II ausgehöhlt würde, nach dem einerseits Nettolohn und Arbeitslosengeld II zusammen ein von der Gesellschaft als auskömmlich angesehenes verfügbares Einkommen ergeben, wenn Bedürftigkeit vorliegt, nach dem andererseits Arbeitslosengeld II nicht gewährt wird, wenn Bedürftigkeit nicht besteht. Im Gespräch ist auch eine Aufstockung des so ge-

nannten Kinderzuschlags (bisher 140 Euro je Monat).¹⁸ Selbst eine Verlängerung des Zeitraums, in dem Arbeitslosengeld bezogen werden kann, also eine mindestens partielle Rück-

nahme einer zentralen Reformmaßnahme, wird gelegentlich gefordert. Hingegen werden Maßnahmen wie z.B. die Einführung von Einstellungsgutscheinen¹⁹ relativ wenig diskutiert.

Anhang

Tabelle A1:

Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung 2005–2008^a (Mrd. Euro)

	2005	2006	2007 ^b	2008 ^b
Tatsächliche Sozialbeiträge	155,7	156,3	162,3	169,1
Unterstellte Sozialbeiträge	0,2	0,2	0,2	0,2
Empfangene Transfers vom Staat	78,8	78,4	79,7	79,9
Sonstige Einnahmen	0,9	0,9	0,9	0,9
Einnahmen insgesamt	235,6	235,8	243,1	250,1
Monetäre Sozialleistungen	233,1	234,8	236,8	240,2
Soziale Sachleistungen	3,7	3,4	3,4	3,5
Sonstige Ausgaben ^c	4,8	4,6	4,8	4,8
Ausgaben insgesamt	241,6	242,8	245,0	248,5
Finanzierungssaldo	-6,0	-7,1	-1,9	1,6

^aAbgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — ^bPrognose. — ^cZ.B. Löhne der Beschäftigten, Verwaltungsaufwand.

Quelle: Statistisches Bundesamt, interne Arbeitsunterlage; eigene Berechnungen und Prognosen.

Tabelle A2:

Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung 2005–2008^a (Mrd. Euro)

	2005	2006	2007 ^b	2008 ^b
Tatsächliche Sozialbeiträge	139,9	142,4	149,6	154,1
Unterstellte Sozialbeiträge	0,6	0,6	0,6	0,7
Empfangene Transfers vom Staat	4,6	6,4	4,7	4,7
Sonstige Einnahmen	0,9	0,8	0,9	0,8
Einnahmen insgesamt	146,0	150,2	155,8	160,3
Monetäre Sozialleistungen ^c	7,5	7,3	7,5	7,7
Soziale Sachleistungen	127,6	131,5	136,3	141,6
Sonstige Ausgaben ^d	8,8	9,2	9,5	9,6
Ausgaben insgesamt	143,9	148,0	153,3	158,9
Finanzierungssaldo	2,0	2,2	2,5	1,4

^aAbgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — ^bPrognose. — ^cKrankengeld und Ähnliches. — ^dLöhne der Beschäftigten, Verwaltungsaufwand etc.

Quelle: Statistisches Bundesamt, interne Arbeitsunterlage; eigene Berechnungen und Prognosen.

¹⁸ Der Kinderzuschlag wird seit Jahresbeginn 2005 anstatt des Sozialgeldes (auf drei Jahre befristet) an Personen gezahlt, die selbst einen Anspruch auf Arbeitslosengeld II nicht haben, deren Kinder aber anspruchsberechtigt sind. Er ist ein Fremdkörper im Arbeitslosengeld-II-System, verursacht extrem hohe Verwaltungskosten (auch durch die Verknüpfung mit Wohngeldansprüchen), ist verteilungspolitisch problematisch (wegen seiner unterschiedlichen Wirkung in Abhängigkeit vom Alter der Kinder und vom Familienstand) und schwächt die Arbeitsanreize (Boss und

Elendner 2005: 175–176); zu einer ausführlichen Analyse vgl. Meister (2006). Der Kinderzuschlag sollte nicht erhöht und/oder einem größeren Personenkreis gewährt, sondern abgeschafft werden. Will man Haushalte mit Kindern unterstützen, so bieten sich Lösungen im Rahmen des Arbeitslosengeld-II-Systems an, die nicht die skizzierten Mängel aufweisen.

¹⁹ Vgl. hierzu Boss et al. (2007e) sowie grundlegend Brown et al. (2006).

Literatur

- Arbeitsgemeinschaft (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.) (2001). *Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2001*. Berlin.
- Arbeitsgemeinschaft (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.) (2007). *Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2007*. Berlin.
- Benner, J., A. Boss, A. Kamps, C.-P. Meier, F. Oskamp, B. Sander und J. Scheide (2005). Deutschland: Vorerst weiter schwache Konjunktur und kaum Aussicht auf höheres Wachstum. *Die Weltwirtschaft* (1): 36–63.
- BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie) (Hrsg.) (2007). Wirtschafts- und finanzpolitische Mittelfriststrategie: „Goldener Schnitt 2012“. *Monatsbericht* (7): 7–11.
- Boss, A., und T. Elendner (2005). Verstärkte Arbeitsanreize durch das Arbeitslosengeld II? *Die Weltwirtschaft* (2): 168–196.
- Boss, A., und A. Rosenschon (2006). Der Kieler Subventionsbericht: Grundlagen, Ergebnisse, Schlussfolgerungen. Kieler Diskussionsbeiträge 423. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boss, A., A. Boss und T. Boss (2006a). Der deutsche Einkommensteuertarif: Weiterhin eine Wachstumsbremse? Kieler Arbeitspapiere 1304. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boss, A., C.-P. Meier, F. Oskamp und J. Scheide (2006b). Aufschwung in Deutschland gewinnt zunächst noch an Fahrt. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Sommer 2006. Kieler Diskussionsbeiträge 428/429. IfW, Kiel.
- Boss, A., J. Dovern, C.-P. Meier, F. Oskamp und J. Scheide (2007a). Aufschwung in Deutschland setzt sich nur wenig verlangsamt fort. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Frühjahr 2007. Kieler Diskussionsbeiträge 439/440. IfW, Kiel.
- Boss, A., J. Dovern, C.-P. Meier, F. Oskamp und J. Scheide (2007b). Verbessertes Arbeitsmarktumfeld stärkt Wachstum des Produktionspotentials in Deutschland. Kieler Diskussionsbeiträge 441/442. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boss, A., J. Dovern, C.-P. Meier und J. Scheide (2007c). Aufschwung in Deutschland bleibt kräftig. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Sommer 2007. Kieler Diskussionsbeiträge 443/444. IfW, Kiel.
- Boss, A., A.J.G. Brown und D.J. Snower (2007d). Beschäftigungskonten für Deutschland. Kieler Arbeitspapiere 1325. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boss, A., A.J.G. Brown, C. Merkl und D.J. Snower (2007e). Einstellungsgutscheine: Konkrete Ausgestaltung für Deutschland. Kieler Arbeitspapiere 1327. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Brown, A.J.G., C. Merkl und D.J. Snower (2006). Comparing the Effectiveness of Employment Subsidies. Kieler Arbeitspapiere 1302. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Bry, G., und C. Boschan (1971). *Cyclical Analysis of Time Series; Selected Procedures and Computer Programs*. NBER, New York.
- Bundesagentur für Arbeit (2007). *Monatsbericht*. August. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Amtliche Nachrichten*. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigung in Deutschland – Monatszahlen*. Nürnberg.
- Creutzburg, D. (2007). Koalition streitet über neue Sozialleistungen. *Handelsblatt*, 20. August: 3.
- Dees, S., F. diMauro, M.H. Pesaran und L.V. Smith (2007). Exploring the International Linkages of the Euro Area: a Global VAR Analysis. *Journal of Applied Econometrics* 22 (1): 1–38.
- Deutsche Bundesbank (2007a). *Monatsbericht*. Mai. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (2007b). *Monatsbericht*. August. Frankfurt am Main.

- Deutsche Bundesbank (2007c). *Bankenstatistik*. Statistisches Beiheft zum Monatsbericht 1. Juni. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (2007d). *Kapitalmarktstatistik*. Statistisches Beiheft zum Monatsbericht 2. August. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*. Frankfurt am Main.
- Dovern, J., und C.-P. Meier (2007). Lohnanstieg und Konjunktur in Deutschland 2004–2008. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), *Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Frühjahr 2007*. Kieler Diskussionsbeiträge 439/440. IfW, Kiel.
- Dovern, J., K.-J. Gern, C.-P. Meier und J. Scheide (2007). Nachlassende konjunkturelle Dynamik im Euroraum ohne Deutschland. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), *Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Herbst 2007*. Kieler Diskussionsbeiträge 445/446. IfW, Kiel. In Vorbereitung.
- EZB (Europäische Zentralbank) (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Haan, P., und V. Steiner (2004). Distributional and Fiscal Effects of the German Tax Reform 2000. A Behavioral Microsimulation Analysis. DIW Discussion Papers 419. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.
- ifo (ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.) (lfd. Jgg.). *ifo-Konjunkturperspektiven*. München.
- IMF (International Monetary Fund) (2007a). *World Economic Outlook*. April. Washington, D.C.
- IMF (International Monetary Fund) (2007b). *International Financial Statistics*. August. Washington, D.C.
- IMF (International Monetary Fund) (lfd. Jgg.). *International Financial Statistics*. Washington, D.C.
- Meister, W. (2006). Der Kinderzuschlag für Geringverdiener – ein Beispiel für mangelhafte Abstimmung im deutschen Transfersystem. *ifo Schnelldienst* 59 (16): 12–20.
- Rosen, H.S., und T. Gayer (2008). *Public Finance*. Eighth Edition. Boston, Mass.
- Sachverständigenrat (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2001). *Für Stetigkeit – gegen Aktionismus. Jahresgutachten 2001/02*. Wiesbaden.
- Sachverständigenrat (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2006). *Widerstreitende Interessen – Ungenutzte Chancen. Jahresgutachten 2006/07*. Wiesbaden.
- Schirwitz, B. (2006). A Comprehensive German Business Cycle Chronology. Via Internet (11. September 2007) <<http://www.tu-dresden.de/www/wlmak/schirwitz.pdf>>.
- Statistisches Bundesamt (2005). Pressemitteilung 297. Wiesbaden, 12. Juli.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Wirtschaft und Statistik*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2: Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen. Hauptbericht*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Inlandsproduktsberechnung – Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse*. Wiesbaden.
- US Department of Commerce (2007). Bureau of Economic Analysis: National Economic Accounts. Via Internet (11. September 2007) <<http://www.bea.gov/national/index.htm#gdp.htm>>.